

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 P oder 20 Grosz

Bezugspreis monatlich 8.00 Gulden, wöchentlich 0.76 Gulden, in Deutschland 2.50 Goldmark, durch die Post 3.00 Gulden monatlich. Anzeigen: die Belegblätter 0.40 Gulden, Reklameweile 2.00 Gulden, in Deutschland 0.40 und 2.00 Goldmark. Abonnements- und Inseratentafeln in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Nr. 132

Donnerstag, den 10. Juni 1924

17. Jahrgang

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhans Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: für Schriftleitung 720,
für Anzeigen-Annahme, Zeitungs-
bestellung und Drucksachen 3290

Der Separatismus in Westpolen.

Posen — das Bayern des neuen Polens. — Trübsichtige Hoffnungen deutscher Nationalisten.

Die anderthalb Jahrhunderte währende Trennung der polnischen Teilgebiete hat tiefgehende Spuren in diesen Gebieten hinterlassen. Jedes der Teilgebiete war einem größeren Kultur- und Wirtschaftskreis eingegliedert, lebte unter anderen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, und als unvermeidbare Folge bei der Bildung des neuen polnischen Staates stellten sich recht fühlbare innere Gegensätze zwischen den Teilgebieten heraus. Man braucht nur daran zu denken, daß in Galizien die Polen Herren im eigenen Haus gewesen waren, in sogar den Ruthenen als Herrenvölkern gegenübertraten können, daß sie im Westpolen durch die unglückselige preussische Ostmarkenpolitik mit zu fanatischen Irrebesessenen herangezogen wurden und endlich in Rußland fast dem panslawistischen Ausfühnungsgebanten der Nationaldemokratie unterlegen waren. Die „Unifizierung“ des neuen Staates war daher nicht nur auf praktischem Gebiet wie dem des Münz- und des Rechtswesens, eine recht mühsame Aufgabe, sondern sie hatte auch geistige Hemmnisse und Gegensätze zu überwinden.

Die preussische Polenpolitik hatte zur Folge, daß der polnische Nationalismus in diesem Gebiet überföhrt wurde und selbst die Arbeiterbewegung unter diesem Zeichen stand. Der Sozialismus konnte keinen rechten Fuß fassen, während die Nationale Arbeiterpartei blühte. Auf der anderen Seite hatten die Polen den hohen kulturellen und wirtschaftlichen Stand dieses Gebietes sich selbst zum Vorbild gemacht, so daß sie sich nach dem Zusammenschluß der Teilgebiete den früheren russischen und österreichischen Polen unbedingt überlegen fühlten und das Einbringen von Volksgenossen von dort aus in ihr Gebiet oft sehr unangenehm empfanden. Schon die Gepflogenheiten des täglichen Lebens: Sauberkeit, Mühsamkeit, Gewissenhaftigkeit, von allgemeiner und Berufsbildung gar nicht zu reden, zeigten hier einen fast empfindbaren Abstand.

Da nun zu diesen noch nicht verwischten Grenzlinien von Kultur und Zivilisation innerpolitische Gegensätze kamen, die sich seit Jahren eine zunächst wenig organisierte autonomistische Bewegung in Westpolen, also den ehemals deutschen Gebieten, eingestellt. Die offizielle Tendenz ging umgekehrt dahin, die alten Grenzen nach Möglichkeit zu verwischen, und es laufen sogar einige Projekte einer neuen Abgrenzung der Verwaltungsgebiete unter Vereinerung ehemals russischer und preussischer Bezirke. Aber die autonomistische Bewegung steht dem entgegen und sie dürfte noch mehr eskalieren.

Wenn aber an die unzulässigen Tendenzen dieser Art in der deutschen Presse bereits Hoffnungen auf einen Separatismus geschöpft worden sind, so ist das übertrieben, zum mindesten nicht aktuell. Gewiß ist es nicht ausgeschlossen, daß ein Bürgerkrieg in Polen das ehemals deutsche Gebiet geschlossen auf der einen Seite ziehen würde. Die Wünsche Polens gehen zunächst aber nur dahin, sich zur Sicherung des höheren kulturellen und wirtschaftlichen eigenen Standes durch Sonderrechte schützen und nebenbei dadurch auch die eigene überwiegend nationaldemokratische, also antisozialistische Position festigen zu können. Der gelegentlich gezeigte Vergleich mit der Stellung Bayerns im Reich ist nicht schlecht. Aber das polnische Nationalgefühl ist doch so stark, daß von einem wirklichen Separatismus bisher wenigstens nicht die Rede sein kann. Ein Teil der unter der wirtschaftlichen Not leidenden Bevölkerung würde wohl eine Rückkehr ins Reich mit einer gewissen Erleichterung hinnehmen, aber darunter sind keine politisch führenden oder bestimmenden Elemente.

Man muß daher davor warnen, etwa an den Separatismus der an Polen abgetretenen deutschen Gebiete übertriebene Hoffnungen zu knüpfen. Insbesondere muß man nötigenfalls den so überaus unkritischen und politisch unfähigen chauvinistischen Kreisen in Deutschland einen energischen Dämpfer aufsetzen, wenn sie etwa für sehr gefährliche Aktionen aus den inneren Gegensätzen in Polen Kapital schlagen wollen.

Die Umbildung der Regierung in Polen.

Die Umbildung der Regierung hat sich, wie die Presse berichtet, unter völliger Ausschaltung des Sejms vollzogen und ist ein Werk des Triumvirats Pilsudski-Moscicki-Partei. Während der Beratung soll sich Pilsudski für mehrere aktivistische Kandidaten eingesetzt haben, beispielsweise für den Fürsten Janusz Radziwill, der zur Zeit der deutschen Besetzung Polens Direktor des dem damaligen Staatsrat angegliederten Departements für auswärtige Angelegenheiten war. Pilsudski hätte ihm das Außenministerium zugeordnet und auch einige Angehörige der konservativen Krakauer Gruppe um den „Gazs“ heranziehen wollen. Dasselbe sei jedoch für weniger gewagte Kandidaturen gewesen und Pilsudski habe schließlich zugestimmt. Das Ergebnis ist nun, daß die Zahl der Personalveränderungen im Kabinett geringer ist als erwartet, nämlich nur im Finanzministerium, das Marner erhielt; zweitens tritt ein Wechsel im Handelsministerium ein, das Awiatkowski übernommen hat. Die „Gazeta Warszawska“ Poranna, das Organ der Nationaldemokratie, schreibt über die Neubildung: Die Berge hätten wieder einmal eine Maus geboren; die Regierung bestche in ihrer Mehrheit aus radikal-fortschrittlichen Elementen, ein Minister vertritt die Wirtschaftskreise, einer stehe der Platz-Partei nahe, einer sei Sozialist. Das Blatt betont den nur provisorischen Charakter auch dieses Kabinetts, das wichtige Ministerium des Auswärtigen z. B. sei nur einem zeitweiligen Verweser übergeben. Im übrigen wird in der Presse die Vermutung ausgesprochen, daß eingreifende Neuerungen weniger in den Personalfragen als hinsichtlich der Regierungsmethoden zu erwarten seien, besonders in der Frage der Einwirkung und des Einflusses des Sejms. Von Krakau aus wird übrigens die Idee lanciert, das Parlament zeitweilig durch einen Staatsrat zu ersetzen.

Polnischen Blättermeldungen zufolge habe der Ministerpräsident dem ehemaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten, Diplom-Ingenieur Andreas Moraczewski das Verstehen eines Vizeministers im Eisenbahnministerium vorgelegt und Moraczewski habe nach erfolgter Zustimmung der unabhängigen Parteiführung das Angebot angenommen. Eine

heutige polnische Expressausgabe will diese Nachricht aus dem sozialdemokratischen Parteibüro erhalten haben. Angehts der Tatsache, daß Ministerpräsident Partel, welcher gleichzeitig auch Eisenbahnminister ist, für diesen Posten auch gesundheitshalber nicht viel Zeit übrig hat, würde Moraczewski der eigentliche Leiter dieses im gegenwärtigen Moment sehr wichtigen Ministeriums sein.

Die Ernennung Moraczewski zum Unterstaatssekretär im Kabinett Partel ist aber für die Gestaltung der allernächsten Innenpolitik der polnischen Regierung eine grundsätzliche Bedeutung. Erstens verfolgte Professor Partel durch die Ein-

setzung Moraczewski zur Mitarbeit in der Regierung an sich den Zweck, die Sozialdemokraten, welche der neuen Entwicklung der Dinge etwas feindselig gegenüberstehen und jedenfalls gegen die Ausschaltung des Parlamentes, wenn auch nur für kurze Zeit, entschiedene Stellung nehmen, für die Erweiterung der Befugnisse des Staatspräsidenten und außerordentliche Vollmachten für die Regierung zu gewinnen. Die Person Moraczewski im Kabinett soll den Sozialdemokraten eine Garantie bieten, daß die Regierung und der Staatspräsident eine arbeiterfreundliche Innenpolitik betreiben wird. Zweitens wird der Anteil Moraczewski an der Regierung ein für allemal den großzügig angelegten Plänen der Rechten, das Triumvirat Pilsudski-Moscicki-Partel für sich zu gewinnen, ein läches Ende bereiten.

Man muß aber erst eine amtliche oder parteiamtliche Bestätigung der Ernennung Moraczewski zum Unterstaatssekretär abwarten.

Dem Andenken zweier sozialistischer Märtyrer.

Zur Wiederkehr des Todestages von Matteotti und Gareis.

Am 10. Juni 1924 der Generalsekretär der italienischen sozialistischen Partei und Abgeordnete Giacomo Matteotti in der Mittagsstunde seine Wohnung in Rom am Tiburiner verließ, wurde er von einigen Männern überfallen und in einen Kraftwagen geschleppt, der in rasendem Tempo davonfuhr. Seitdem sah man ihn nie wieder. Die Regierung konnte die Tatsache dieses Menschenraubes nicht leugnen, der von einigen wenigen Zeugen aus größerer Entfernung beobachtet worden war, aber sie markierte höchste Entziehung. Nach einigen Tagen blutige Spuren und schließlich, in einem Walde vergraben, die zerstückelten Leichenteile Matteottis. Mussolini zeigte sich äußerst empört und verurteilte in einer Rede diese Tat als ein Verbrechen gegen den Faschismus und kondolierte persönlich der Witwe.

Heute kennt man die ganze Wahrheit über die Vorgeschichte, den Verlauf und das Nachspiel der Tragödie am Lago Levere. Heute weiß man, daß es Mussolini selbst war, der die gewaltige, Befestigung dieses unermüdlichen Kampfers des Faschismus angeregt hatte, dessen bevorstehende Enthüllungen über die Korruption im neuen faschistischen Staatswesen er und seine Freunde verurteilten. Heute kennt man alle Episoden dieses Verzeichens durch die Enthüllungen der unmittelbaren Mitarbeiter Mussolinis und seiner Hauptwerkzeuge an diesem Mordkomplott, Dumini und Cesare Rossi. Dadurch ist die ganze Schande des faschistischen Regimes und insbesondere seines Führers offenbar worden, und keine Justizkommission, wie die vom Chieti-Prozess im April d. J., keine Unterdrückung aller Freiheiten wird die Schuld des Faschismus verwischen können. Im Gegenteil, der tote Matteotti ebenso wie die übrigen Opfer dieses Mordregimes Mussolinis und unzählige andere sind furchtbarere Ankläger als sie es zu Leb-

zeiten sein könnten. Für alle Parteien der Sozialistischen Internationalen ist der 10. Juni ein historischer Tag, an dem Millionen in der ganzen Welt ihrem Haß und ihrer Verachtung gegen den Faschismus Ausdruck verleihen. So wollen auch wir deutschen Sozialdemokraten stets am 10. Juni Giacomo Matteottis, des unerschrockenen Märtyrers, gedenken.

Dem Gedenken des Gen. Gareis.

Ein ungeführter Fememord.

Am heutigen 10. Juni sind es fünf Jahre her, daß in München der Landtagsabgeordnete Genosse Karl Gareis heimlich von Fememördern niedergeschossen wurde. Noch heute hat diese Mordtat keine Sühne gefunden. Gareis stand damals im erbitterten Kampf gegen das Treiben der faschistischen Mordbuben, das sich unter dem Schutz des böllischen Polizeipräsidenten Pöhner abspielte. Gareis war diesen Kreisen außerordentlich uneben geworden, weil er mit rücksichtsloser Energie hineinleuchtete in die politischen Mordaffären jener Zeit, wobei es ihm schließlich gelang, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß im Bayerischen Landtag durchzusetzen. Die bürgerlichen Parteien, unter Führung des jetzigen Ministerpräsidenten Helldorfer versuchten alles, um eine Aufklärung über die Mordbühnen der Reichsregierung zu verhindern. Bald darauf fiel Gareis. Wenn diese Tat nicht geführt wurde, so war das die Folge von Bemühungen des Polizeipräsidenten Pöhner, der die Bearbeitung des Falles solange zurückhielt, bis der Mörder in Sicherheit war. Pöhner war der Mordbühnen genau bekannt, um so mehr tat er, um eine Aufklärung zu verhindern. Für die bayerische Reaktion wird dieser Mord an Gareis immer ein Schandmal bleiben.

Kriegsursache und Betrüsten.

Eine einseitige Berichtigung des Grafen Montgelas an die Volksstimme.

Bestimmte deutsche Kreise sehen die Hauptaufgabe ihrer politischen Betätigung darin, gegen den Schuldparagrafen im Versailler Friedensdiktat anzukämpfen. Wir Sozialdemokraten haben uns von jeher gegen die Unterstellung der Clemenceau und Lloyd George gewandt, daß das deutsche Volk am Kriegsausbruch die Schuld trage. Die obengenannten Politiker möchten jedoch auch die Wahrheit über im kaiserlichen Deutschland von jeder Schuld freisprechen und auch heute noch das nicht zuletzt durch Kaiser Wilhelm II. hervorgerufene wahrnehmbare Verbrechen, soweit Deutschland in Frage kommt, nur als eine aufrichtige Friedensstundgebung erklären. Gegen diese Geschichtsverkümmelungen haben wir uns auch vor einiger Zeit gewandt, als in Danzig auf Veranlassung des Heimatsdienstes der Kriegsschuldabverfänger Graf Montgelas einen Vortrag hielt und haben dabei auf die Ausgaben in Deutschland für Heer und Flotte hingewiesen, die sich vom Jahre 1902 bis 1911 um 44 Prozent erhöhten, in Frankreich dagegen nur um 28 Prozent und in England um 11 Prozent. Hierzu schreibt uns nun Graf Montgelas:

Die mir gehen zugehende „Danziger Volksstimme“ vom 28. April schreibt in der Besprechung eines von mir über den „Stand der Kriegsschuldfrage“ gehaltenen Vortrages, daß die Ausgaben für Heer und Flotte sich in Deutschland von 1902 bis 1911 um 44, in Frankreich hingegen nur um 28 Prozent erhöht hätten. Zunächst gestatte ich mir zu bemerken, daß die Ausgaben in Frankreich nahezu um 88 Prozent gestiegen sind, nämlich von 1081 Millionen Franken (Gesetz vom 30. März 1902) auf 1944 Millionen (Gesetz vom 13. Juli 1911). Wichtig ist jedoch, daß für einen Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich in erster Linie das Landheer in Betracht kommt. Der Aufwand für dieses erhöhte sich in Deutschland von 654 auf 816, jedoch um (162 Millionen Mark) oder nicht ganz 25 Prozent, in Frankreich hingegen von 715 auf 930, das ist um (215 Millionen Franken) oder mehr als 30 Prozent. Die Steigerung der deutschen Gesamtausgaben für die Landesverteidigung entfällt somit auf die Flotte, die damals aus ganz kleinen Anfängen so gut wie neu geschaffen wurde. Das für Kriegsmöglichkeiten in erster Linie in Betracht kommende Landheer ist von 1902 bis 1911 in so geringem Umfange erhöht worden, daß die Friedenspräsenzstärke 1911 mit 593 000 Unteroffizieren und Mannschaften erheblich unter ein Prozent der Bevölkerung gesunken war. Deutschland war somit 1911 prozentual zu Lande schwächer gerüstet als 1871. Der Vergleich der Ausgaben gibt schließlich nur dann ein richtiges Bild, wenn er ergänzt wird durch einen Hinweis darauf, daß der Aufwand Österreich-Ungarns nicht einmal die Hälfte des russischen erreichte.

Frz Graf Montgelas,
General der Infanterie a. D.

Eigenartigerweise geht Graf Montgelas in dieser Richtstellung nur auf das Betrüsten zu Lande ein. Der Weltkrieg hat aber seine hauptsächlichste Ursache in der durch das von Deutschland provozierte Betrüsten zur See mit England. Wenn man die deutschen Rüstungsausgaben zu Lande und zur See zusammenzieht, kommen aber die Zahlen heraus, die wir feinerzeit genannt haben. Es ist jedenfalls bezeichnend, daß ein bürgerlicher Kriegsschuldabverfänger wie Graf Montgelas die wahrnehmbare Flottenpolitik Wilhelm II. nicht mehr zu beschönigen vermag.

Welche unheilvolle Rolle der Militarismus auch heute noch in deutschen Staatshaushalt spielt, zeigt eine Gegenüberstellung, die wir der deutschen „Friedenswarte“ entnehmen:

Wissenschaftler!	
Gefächts- und Geländeübungsstellen des Reichsheeres	12 888 000 M.
Für die Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft	8 000 000 M.
Arzt!	
Artilleristische Armierung des kleinen Kreuzers B. 2. Rate (1)	4 100 000 M.
Für Erforschung und Bekämpfung merkwürdlicher Krankheiten	200 000 M.
Wohnungsuchende! Begrabene in Mietkasernen!	
Für Wohnungsbau	188 000 000 M.
Ausrüstung der Reichswehr seit 1924	201 704 200 M.
Mütter!	
Für Gasmasken und ähnliche Beschaffungen	8 199 500 M.
Gesamtbetrag für Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit in Preußen	400 000 M.
Sozialpolitiker!	
Verhinderung der Reichswehr (über die laufenden Unkosten hinaus)	4 270 000 M.
Für die auf die Bildung des Volkes, besonders der Jugend gerichteten Bestrebungen	500 000 M.

Nordische Pressekonferenz in Kopenhagen.

Im Kopenhagener Bürgerchaftssaal ist gestern die vom Reichverband der deutschen Presse in Verbindung mit der Nordischen Gesellschaft veranstaltete, auf 2 Tage berechnete Pressekonferenz abgeschlossen. Anwesend sind etwa 100 führende Journalisten aus Deutschland, den skandinavischen und den baltischen Ländern, darunter aus Dänemark alle 26.

Die Stimmungsmache für die Randfürsten.

Im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht heute morgen der bekannte Dichter Walther von Molo drei äußerst interessante Schriftstücke, die einen Einblick gewähren in die Agitation gegen den Volkseinstich, wie sie vom Schloß Dels aus, dem Stammsitz des früheren Kronprinzen, getrieben wird. Aus dem ersten Schreiben, das Major von Müldner, persönlicher Adjutant Seiner Königl. Hoheit des Kronprinzen, an v. Molo unter dem 3. Juni geschickt hat, und zwar im Auftrag des Generalvollmachtigen des Königl. Hauses, des Herrn v. Berg, geht hervor, daß ein Ausschuss zur Bekämpfung des Volkseinstichs, acht Tage vor dem Volkseinstich einen allgemeinen Aufruf erlassen will. An der Spitze dieses Ausschusses stehen der Volksparteiler Ugo, Feinke und der frühere Staatsminister Boden. In dem Aufruf wird wieder mit den bekannten Nebenarten operiert, daß es beim Volkseinstich nicht um die Vermögen der Fürsten gehe, sondern „um die Grundlage unserer tausendjährigen Kultur“. Als „vaterländische Pflicht“ wird es hingestellt, der Abstimmung fernzubleiben.

Am interessantesten ist das dritte Schriftstück, das die Namen der Herren enthält, die ihre Unterschrift unter den Aufruf hergeben sollen, um ihm die nötige Wirkung zu sichern. Das sind zunächst 6 Herren der Deutschnationalen, ferner die Volksparteiler Heine, Scholz, Becker, Kempkes und Böllig, dann die Vertreter der vaterländischen Verbände vom Grafen Goltz bis zu Mahraun. Die Völkischen sind vertreten durch Namis und Seiffert, die alte Armee durch Veltow, v. Madenien usw. Dann folgt die Wirtschaftspartei, die Industrie mit Herrn v. Siemens, Klöckner, Guno und anderen Gelehrten wie Spengler, weiter einige bekannte Kerle, Schriftsteller wie Sudermann, Güder, Preßler, Künstler wie Kilmisch, Bode und Liebermann. Selbstverständlich auch die Herren vom Reichslandbund und einige „Arbeiter“, darunter die Reichsstaatsangeordnete Frau Böhm, an Journalisten die Chefredakteure der „Deutschen Tageszeitung“, der „Täglichen Rundschau“ und der „Völkischen“, und außerdem noch Jarres, Luther, Winnia.

Nicht als ob die in dem Schriftstück Aufgeführten bereits ihre Zustimmung gegeben hätten. Mit ihren Namen ging man unter der Hand zunächst hausieren, noch ehe man ihr Einverständnis eingeholt hatte. So findet sich unter den Schriftstellern auch Walther v. Molo: diese Unverschämtheit hat ihn, der nicht daran denkt, seinen Namen zugunsten der Fürsten in die Wagschale zu werfen, veranlaßt, die drei Schreiben der Defektheit zu übergeben, um damit dem deutschen Volk einen interessanten Einblick an gewähren in die Art und Weise, wie unter dem Patronat des einstigen Kronprinzen von Schloß Dels aus die Propaganda gegen die Enttarnung der Fürsten betrieben wird. Man erklärt, es geht um die Grundlage der tausendjährigen Kultur. Verteidiger dieser Kultur sind aber letzten Endes der Delfer Schlossherr als Vorkämpfer der übrigen Fürstenclique und die ihn umgebenden früheren Hofkrieger.

Die zu verteidigende „Kultur“ aber sind die zusammengegeraubten Millionen der ehemaligen Fürsten.

Walther v. Molo schließt seine Absage an die Monarchisten mit folgender Erklärung: „Ich gehöre keiner Klasse und keiner Clique an, ich liebe nur das Volk, das arbeitet, wälgig gleichgültig, ob es sich bürgerlich, adlig oder proletarisch nennt. Für mich haben Arbeit und wahre Liebe, die keine Einschränkungen kennt, allein Anspruch auf Achtung. Arbeit allein schafft und erhält Menschentum, die Arbeitenden allein geben uns zu leben, nadere verachte ich aus tiefer Seele.“

Die Folgen von Hindenburgs Fürstendrief.

Das Schreiben des Reichspräsidenten Hindenburg zur Fürstenaufhebung ist auch von der französischen Presse beachtet worden. Der „Quotidien“ schreibt, daß wenn sich der Volkseinstich gegen die von Hindenburg ausgesprochene Auffassung und damit gegen Hindenburg selbst auswirkt, die Autorität des Reichspräsidenten in Frage gestellt sei. Es sei sehr möglich, daß man Hindenburg dann zurechen werden werde, seinen Platz zu räumen, welcher Aufforderung er, ähnlich

Der Kampf um Lessing.

Der Hindenburg-Artikel, die angebliche Ursache der Angriffe.

Das müßte Vorgehen der Hannoveraner Studenten gegen Professor Lessing wird bekanntlich damit „begründet“, daß der bedeutende Gelehrte Hindenburg gleichmäßig haben soll. Die Schmähungen sollen in einer vor der Reichspräsidentenwahl veröffentlichten Charakterzeichnung des Feldmarschalls enthalten sein. Daß der fragliche Artikel — er erschien nicht in einer deutschsprachigen Zeitung, wie zur Verhärterung der Sache fälschlicherweise behauptet wird, sondern in dem „Prager Tageblatt“, dem Organ der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei — keine Ausführungen enthält, die auch nur im entferntesten das Verhalten der Studenten entschuldigen und begründlich erscheinen lassen könnten, wird durch den nachstehenden vorläufigen Abdruck am besten dargetan.

Hindenburg.

Wenn man in das gute väterliche Antlitz des alten Hindenburg blickt, so fällt zunächst auf: die fast juchende Schwere dieses Antlitzes. Genirt haben gebraucht von solchen Menschen, die nicht loskommen können von der Begrenzung ihres Selbst, die Formel: „Sie sind eingepunzt in das Heil der Welt.“ Solch ein Eingepunzter, die schwere Masse der Erde, der gewis nichts ferner liegt als alles leichte Spiel und Tanzertum, solch ein Erpauer und Gebiegener ist der alte Hindenburg. Ich kenne dies Antlitz und kenne sein Leben seit früher Jugend. Ich habe es oft mit Säbeln, oft mit Ehrfürst, immer mit Nahrung betrachtet.

Bismarck hat von sich selber das schöne Wort gebraucht: „Ich bin mit vollem Bewusstsein auf einer gewissen Stufe der Kultur festzugesessen.“ Das hatte Hindenburg nicht nötig. Die Natur hat ihn so einig, so gradlinig und selbstverständlich gemacht, daß es überhaupt nichts zu erwidern gab; nur die unbedenkliche Entfaltung eingeborener Vorurteile. Deutscher, Preusse, Christ, Monarchist, Soldat, Kamerad, zugehörig nach Lebensmittelpunkt und Geschäftskreis der sauberen und gehaltenen Menschenkenntnis, die im „kleinen Gott“ und in der „Kleinheit“ ihre Formen hat, das war alles so zweifelslos und selbstverständlich, daß Menschen, die anders fühlen, eben annahmen wie ein Chiniese oder ein Arbeiter des Bodden. Das mag es geben; aber: es gehört doch nicht mit dazu.“ Und wenn er „Dir“ sagt und „Wir Deutsche“, dann jetzt er treu und warmherzig gefühlt woraus: im normalen Falle müßten alle richtiggebenden Menschen eben auch so sein wie die im „Gott“ und die in der Rangliste.

Wenn man gewöhnt ist, die ungeheure Allseitigkeit und ihre Banalität des Lebens mit der Kraft wühenden Geistes zu bewältigen, dann blickt man mit der Nahrung und dem Säbeln, mit dem was auf die Hirne und den Vogel blickt, auch auf eine Manneswelt, die mit der ganzen Schönheit der Unwissenheit durch Worte von Blut, durch Ströme von Galle, über Berge von Hindernissen hinführend hinweggerichtet von ungeheuren Verantwortung bedrückt, und doch im Leben unüberwindlich, weil sie nicht einmal imstande, das Recht der anderen Seite und die Doppelnatur alles Lebendigen auch nur zu sehen. Welcher Mensch eigene sich besser

wie es sein französischer Kollege Millerand tat, der ebenfalls seine konstitutionellen Rechte überschritten habe, Folge leisten müsse.

Der „Deure“ vertritt die Auffassung, daß Hindenburg durch sein Eingreifen aus seiner verfassungsmäßigen Neutralität herausgetreten sei und seinen Namen in den Streit der Parteien geworfen habe. Welche Folgen dieser Schritt auch haben möge, eins ist sicher: Das Regierungskommissariat sei endgültig verurteilt.

Die Hege gegen Professor Lessing.

Das hannoversche Stadtparlament zu den Studenten-Landebungen.

In der gestrigen Plenarsitzung des Bürgervereinerkollegiums stand ein Antrag des Ordnungsdirektors, und der völkischen Freiheitbewegung zur Debatte, durch den der Magistrat erlucht wird, unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den durch die Abwanderung von mehr als 1000 Studenten der Stadt Hannover drohenden wirtschaftlichen und kulturellen Schaden abzumenden. Bei der Aussprache über den Antrag, der von den Vertretern der antragstellenden Parteien begründet und von den Sozialdemokraten und den Kommunisten scharf bekämpft wurde, kam es zu großen Vorkäufen. Der Sprecher der Sozialdemokraten, Weßhoff, der die Ausführungen Prof. Lessings im Prager Tageblatt über Hindenburg zitierte und als zutreffend bezeichnete, wurde deswegen zur Ordnung gerufen. Ein kommunistischer Redner erklärte, die Arbeiterklasse sieht geschlossenen hinter Lessing. Nach Ausführungen des Oberbürgermeisters, der die Unvermeidlichkeit der wirtschaftlichen und kulturellen Schäden für Hannover betonte und es als sicher bezeichnete, daß der Magistrat Beschlüsse gegen Lessing fassen werde, wurde der Antrag mit 85 gegen 29 Stimmen angenommen.

Die Hochschulprofessoren gegen Lessing.

Die Vollversammlung des Lehrkörpers der Technischen Hochschule in Hannover hat sich in einem ausgiebig einmütig beschlossenen Schreiben an den preussischen Kultusminister gemeldet und ihn unverzüglich aufgefordert, Professor Lessing fallen zu lassen und damit dem Konflikt an der Hochschule ein Ende zu bereiten. Etz ganz auf die Seite der rebellischen Studenten stehend, erklären diese merkwürdigen Verteidiger der akademischen Freiheit, der Widerstand der Studentenschaft gegen die Lehrtätigkeit des Professors Lessing sei ein so tiefgehender, daß er durch Zwangsmaßnahmen nicht überwunden werden könne. Die Lehrtätigkeit Lessings verleihe nicht die Wertigkeit, die die großen Opfer rechtfertige. Er sei vielmehr nicht mehr würdig, Mitglied des Lehrkörpers zu sein. Der Minister wird schließlich aufgefordert, Lessing schleunigst zur Aufgabe seines Lehramtes zu veranlassen.

Ermittlungen im Prager Parlament.

Im tschechischen Abgeordnetenhaus kam es gestern bei der Beratung des Gesetzentwurfes der bürgerlichen Parteien auf Einführung fester landwirtschaftlicher Zölle infolge der Obstruktionstaktik, insbesondere der Kommunisten, der Deutschnationalen und der Deutschen Nationalsozialisten zu großen Vorkäufen. Als der Vorsitzende erklärte, daß er über die zu Obstruktionstaktiken vorgebrachten Anträge der Opposition zur Tagesordnung übergehe, antwortete die Opposition mit Pfeifen, Pust- und Deckelgeklapper und lautem Gesang. Die Kommunisten riefen: „Wahlen, Wahlen, Wahlen, befragt das Volk!“ Unter heftigen Protesten der Opposition wurde dann die Redezeit je nach Stärke der einzelnen Parteien so beschränkt, daß sie im ganzen etwa über 30 Stunden betrug. Auch während des Referats der Berichtstatter des landwirtschaftlichen Ausschusses und während der Debatte dauerten die Vorkäufen an. Der Vorsitzende erteilte mehrere Ordnungsrufe. Die Debatte dauert noch an.

zum Feiisch, zur Statue, zum Symbol? Als Hannover noch Königreich war und der König immer in England weilte, da hat man statt seiner in der Hofburg den leeren Thronstuhl aufgestellt, und mehrere Menschenalter lang hat der weltliche Adel an jedem Sonntag vor dem leeren Thronstuhl seine Reuerenz und sein Zerknien gemacht. Und man hatte damals nicht einmal eine jumbolische Puppe . . .

Obwohl ich die Gestalt des Helben, der mehr Menschen um der „Ideale“ willen in den Tod schicken konnte als Alexander, Caesar und Afrika, obwohl ich das gute, schwere, demütig treue Antlitz, dank vielerlei zufälliger Verknüpfung aus naher Nähe seit früher Jugend kenne, so habe ich doch die volle Einsicht und Heiligkeit dieser geschichtlichen Person erst später begreifen gelernt. Es war an einem Jahresende der Schlacht von Tannenberg. Ich war auswärts, wie an einem Gymnasium der Stadt als Lehrer tätig, und die Schulen sollten „Deutschland über alles!“ singend, an Hindenburgs von der Stadt gezeichnetem Hause vorüberziehen. Die vielen Hunderte von hellbegeisterten Kindern gingen unter Führung der Lehrer froh jubelnd an dem alten Mann vorbei; der Hand schwer und erst auf der Vortreppe seines Hauses; wir hatten das Glück, gerade unmittelbar vor ihm zu stehen, als er die Hand hob und seine herzgewarme Ansprache an die Jugend begann. Ich möchte diesen Augenblick wohl noch einmal erleben; diese Mischung der Geühle, Romik und Ergriffenheit, vollkommene Vereinnamung und Einsicht mit allen Kindern; heraldisches Lachen des Uebermutes und geistliche Demut; vor allem aber mein Erkennen, denn dieses Grad von Kindlichkeit hatte ich doch nicht für möglich gehalten. Hindenburg (wir fanden Auge in Auge) sagte voller tiefster Ernste:

„Deutschland liegt tief daneben. Die herrlichen Zeiten des Kaisers und seiner Helben sind dahin. Aber die Kinder, die hier Deutschland über alles“ singen, diese Kinder werden das alte Reich erneuern. Sie werden das Fürchtbare, die Revolution, überwinden. Sie werden wiederkommen sehen die herrliche Zeit der großen heldischen Kriege. Und Sie, meine Herren Lehrer, Sie haben die schöne Aufgabe, in diesem Sinne die Jugend zu erziehen.“ (Die Bengel klappten sich und seigten.) „Und ihr, meine lieben Primaner, werdet heldisch, wie die Väter waren, in Paris einziehen. Ich werde es nicht mehr erleben. Ich werde dann bei Gott sein. Aber vom Himmel werde ich auf Euch niederblicken und werde mich an euren Taten freuen und euch segnen.“

Dies alles in tiefstem, heiligstem Ernste! Man fühlte: hier alle Mann glaubt Wort für Wort alles, was er da sagt; da ist kein kalterer Klang. Das glaubt er allen Volke; betrachtet sich von bevorzugtem Eise aus Deutschland und segnet meine heldischen Jungen. Der letzte von ihnen zeichnete nach diesem „Hilflichen Erlebnis“ ein Bild: Hindenburg als Engel auf der Wolke schwebend und unsere Prima segnend. Es wäre leicht gewesen, solchen Ernst zu färfen; aber (und dies ist merkwürdig) es war keiner unter uns, der ihn nicht beiläufig verwarrt. Wir fühlten, es ist nicht ritterlich, es ist gemein, dort mit Waffen des Geistes zu kämpfen, wo überhaupt gar keine Waffen und Heiligkeit gegeben ist, mit schlichten Waffen zu erwidern. Aber selbst im allpreussischen Adel und in jedem Junfermann, dessen geistige Ansprüche vollumfänglich durch „Wohntags die Kreuzigung“ und Sonntag eine gute Predigt bei Herrn Papst

Die Rechtsentwicklung des Briand-Kabinetts.

Die über eine bevorstehende Umbildung oder Erweiterung der französischen Regierung seit Dienstag umlaufenden Gerüchte sind am Mittwoch wiederholt demontiert worden. Bereits am Dienstagabend hat der Finanzminister Peret die Möglichkeit einer Demission abgelehnt. Nach Schluß des Kabinettsrats am Mittwoch haben der Innenminister Durand, der Finanzminister Peret, der Kriegsminister Painlevé und der Ministerpräsident Briand selbst, der am Mittwochvormittag aus Genf zurückgekehrt ist, die volle Einigkeit sämtlicher Regierungsmitglieder versichert. Wenn also die Vermutungen über eine Umbildung der Regierung vorläufig verfrüht erscheinen, so gehen doch in den Wandelgängen der Kammer die Unterhaltungen über die parlamentarische Rückwirkung der Währungskrise weiter und charakterisieren die politische Stimmung.

Eine Erklärung über den gestrigen französischen Ministerrat.

Savas veröffentlicht folgende Erklärung: In dem Mittwoch vormittag abgehaltenen Ministerrat herrschte vollständige Einstimmigkeit über die Notwendigkeit, die für die Stützung des Franken ins Auge gefassten Maßnahmen durchzuführen. Die Regierung ist davon überzeugt, daß die Mitwirkung des Parlaments bei dem nationalen Werk der Verteidigung des Franken nicht fehlen wird. Unter diesen Umständen würde die Frage einer Umbildung des Kabinetts, worüber gestern in den Wandelgängen der Kammer Gerüchte in Umlauf waren, nicht einmal aufgeworfen.

Peret über die Finanzlage Frankreichs

Finanzminister Peret beantwortete im Finanzausschuss des Senats den ihm vorgelegten Fragebogen über die Lage des Schatzamtes, die Währungsfrage und die Kapitalflucht. Er trat der Auffassung des Ausschusses bei, daß ein Land wie Frankreich unmöglich den Schwankungen auf dem Devisenmarkt ausgeliefert bleiben könne. Peret erklärte formell, daß die Regierung den Goldbestand der Bank von Frankreich nicht angerührt habe und auch nicht anrühren werde. Der Morgantonds sei noch längst nicht erschöpft.

Er sei bereit, das übernommene Werk fortzusetzen. Da jedoch die Mitarbeit des Parlaments unerlässlich sei, habe die Regierung die Pflicht, sich mit den Bedingungen zu beschäftigen, unter denen diese Mitarbeit in möglichst wirksamer Weise gesichert werden könne.

Deutschlands Reparationszahlungen. Die der Generalagent für die Reparationen mittelt, hat Deutschland vom 1. September 1925 bis 31. Mai 1926 823 204 982 Goldmark bezahlt. Von diesem Betrag entfielen auf Frankreich 408 462 160 Goldmark.

Ein Hüffel für die polnischen Kommunisten. Die Dritte Internationale erteilte den polnischen Kommunisten eine scharfe Rüge, weil sie sich bei dem jüngsten Staatsstreich in Polen auf die Seite Pilsudskis gestellt haben. Dabur hätte sich die kommunistische Bewegung in Polen eine Würde gegeben. Das Schreiben schließt mit der Aufforderung zum Kampf sowohl gegen den Faschismus wie gegen die Anhänger Pilsudskis.

Eine internationale Journalistenkonferenz findet, wie gemeldet wird, in den Tagen des 12. und 13. Juni in Paris statt. Es soll versucht werden, eine internationale Vereinigung von Berufsjournalisten zu schaffen, die der geistigen Annäherung der Presse aller Länder dienen und eine gemeinsame Behandlung professioneller Fragen vorbereiten soll. Die Einladung zu diesem Kongress geht von dem „Syndicat des Journalistes francais“ aus. Als Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Presse wird der Chefredakteur des Völkischen Telegraphenbüros, Dr. Stern-Rubarth, an dem Kongress teilnehmen. Amerika wird, wie auf fast allen internationalen Kongressen, nur „Beobachter“ entsenden. Am 12. Juni wird eine Vollversammlung unter dem Vorsitz des Arbeitsministers Durand im internationalen Institut für geistige Zusammenarbeit und am Sonntag eine zweite Vollversammlung unter dem Vorsitz von Borel stattfinden. Ein Banquet, bei dem Painlevés präsidieren wird, wird die Journalisten am Sonntagmittag vereinen.

selbst in jenem ganz von Traditionen und Außenschliff lebenden Beamtenklingel, der aus den feudalen Korps der Unversitäten oder aus den für standesgemäß geltenden bevorzugten Regimentern seinen geistigen Nachwuchs bezieht, dürfte die gleiche Geistesferne und Geistesfremde doch wohl nicht häufig sein.

Als Hindenburg als Kommandeur in Oldenburg stand, hielt der Freund meiner Jugend, Wilhelm Jordan, einer der besten und größten Männer Deutschlands, dort in der „Literarischen Gesellschaft“ eine Hapfodie aus den Nibelungen. Hindenburg wurde gebeten, diesen Abend zu „protegiieren“. Er antwortete mit einem Brief, in welchem es heißt: er habe als Militär leider nicht Zeit gefunden, sich mit Literatur zu beschäftigen, und könne daher die Mühseligkeit und den Wert des Abends nicht beurteilen. Es gehört doch immerhin ein gut Stück Barbarei dazu, um als Deutscher die Bedeutung des Nibelungenliedes nicht zu kennen; aber es bezeugt eine seltene Klarheit und Ehrlichkeit, daß ein braver Soldat das eingesteht. Aber wenn man die Anzahl der Bücher, die er in seinem Leben gelesen hat, gewis zählen kann, er hat eine Beziehung zu den bildenden Künsten, die merkwürdig ist, er sammelt Madonnenbilder; es kommt nicht etwa darauf an, von wem sie sind, es kommt nicht darauf an, woher sie sind. Er sammelt sie, wie andere Briefmarken sammeln, und keineswegs etwa aus religiösem Triebe: ein Zimmer seiner Villa ist dazu bestimmt, nur Madonnenbilder aufzunehmen.

Diese Erscheinung bietet dem Menschenbetrachter alle die Freude, die das eng in seiner Grenze beschlossene und seine Grenze nau bejahende, unbekümmert sich selbst erfüllende Leben gibt. Klare, wahre, reibliche und verlässliche Natur, ohne Problematik und Falschheit. So zeigt sich auch dieser Mann im Spiegel seiner Lebenserinnerungen. Aber man soll sich dennoch sehr hüten, zu urteilen: das ist ein ganzer und voller Mensch. Ich will nicht sprechen von der Unmenschlichkeit und dem warmherzigen Egoismus dieser nativen Selbstgerechtigkeit.

Von dem Augenblick, wo dieser unpolitische aller Menschen zu einer politischen Rolle mißbraucht wird, wird ein Anderes entscheidend: dieser Mann ist durch und durch Mann des Dienstes. Hier sind noch nicht einmal die Anfänge zu einer selbst entscheidenden und grübelnden und wägenden Persönlichkeit. Hier wird immer die Instruktion, die Ueberlieferung, der Konsensus, das „Man muß doch“, „Man darf doch nicht“ das allein Wesentliche sein. Ein guter „treuer Bernhardiner“ ist der „getreue Eckart“, der „brave Hort und Schirm“ doch nur gerade so lange, als ein hunger Mensch da ist, der ihn in seine Dienste spannt und apportionieren lehrt; in Freiheit würde aus ihm ein führungsloser Wolf. Eine Natur wie Hindenburg wird bis zum Tode fragen: Wo kann ich dienen? Es ist gewis ergründend und rührend, daß während des Weltkrieges eine der übelsten und bösesten Naturen der Weltgeschichte gerade diese einfältige und treugläubigste seinem Ehrgeiz und seinem Nachwillen dienstbar machte, gebedt von der Flagge der nationalen Ideale. Aber da zeigt sich auch die Gefahr!

Nach Platon sollen die Philosophen Führer der Völker sein. Ein Philosoph würde mit Hindenburg nun eben nicht den Thronstuhl bestiegen. Nur ein repräsentatives Symbol, ein Fragezeichen, ein Zero. Man kann sagen: „Besser ein Zero als ein Nero.“ Jeder zeigt die Geschichte, daß hinter einem Zero immer ein künftiger Nero verborgen liegt.

Ein Duell Blavier-Debatte im Volkstage.

Die Unterredung Steinhoffs mit Senator Dr. Leske und ihre Folgen.

Das Aufwertungs-gesetz an den Ausschuss überwiesen. — Deutschnationale Umfasssteuer-Demagogie.

Im Volkstag sah es gestern zunächst so aus, als ob die ganze Sitzung mit heftigen persönlichen Polemiken ausgefüllt werden sollte. Die Auseinandersetzungen in den Hausbesitzervereinen zwischen Dr. Blavier und Steinhoff spielten auch in den Volkstag hinein. Dr. Blavier wandte sich mit großer Leidenschaft gegen den Senator Leske, weil dieser mit dem früheren Intimus und jetzigen Feind Dr. Blaviers dem Stadtverr. Steinhoff verhandelt hatte. Senator Leske erklärte unter dem Beifall des Senatspräsidenten Sahn, daß er mit Dr. Blavier solange nicht verhandeln werde, bis dieser sich eines anderen Lohnes befleißige. Die erregten Gemüter ebten schließlich schnell ab und das Haus konnte eine reichhaltige Tagesordnung in wenigen Stunden erledigen.

Das vom Senat vorgelegte Aufwertungs-gesetz brachte die Deutschnationalen in eine unangenehme Lage. Ihr agrarischer Flügel und ihre Wirtschaftler sind ebenso lebensschädlich dafür, wie die Vertreter der Gläubiger in ihren Reihen dagegen sind. Herr Dr. Riehm handelte nach dem Spruch „Zeit gewonnen, alles gewonnen“ und erklärte, daß seine Fraktion noch keine Stellung genommen habe. Eine schlimmere Niederlage hielten sich die Deutschnationalen bei ihren Anträgen um Aufhebung der Umsatz- und Luxussteuer. Der maßgebende Abg. dieses Deutschnationalen Antrages fiel mit 47 gegen 47 Stimmen. Der deutschnationale Gastwirt Böker verwechselte den Volkstag wahrscheinlich mit einer angeheiterten Stammtischrunde, der man allerlei Märchen ausfinden kann. Bekannt er doch die Behauptung fertig, daß die Deutschnationalen seit jeher gegen die Umfasssteuer gewesen seien. Dabei ist diese Steuer gerade feinerzeit von den Deutschnationalen eingeführt worden und noch vor 1 1/2 Jahren haben dieselben Deutschnationalen die sozialdemokratischen Anträge auf Aufhebung der Umfasssteuer abgelehnt. Die Sozialdemokratie dagegen hat sich feinerzeit ganz energisch gegen die Einführung der Umfasssteuer gewehrt und würde auch als Regierungspartei heute dieselbe sofort abschaffen, wenn es möglich wäre, das dadurch entstehende Loch im Staatshaushalt durch Abau der oberen Beamtengehälter zu beseitigen. Aber davon wollen gerade die Deutschnationalen nichts wissen. Die „geborenen Feinde der Umfasssteuer“ wären übrigens in eine heikle Lage gekommen, wenn ihr Antrag vom Volkstag angenommen worden wäre und man ihnen als Regierungspartei auch die Durchführung dieses Antrages übertragen hätte. Dann hätte Herr Böker wieder das Gegenteil von dem sagen müssen, was er gestern erzählte.

Zum Schluß erledigte der Volkstag einen Antrag der Kommunisten, den 1. Mai als Staatsfeiertag zu erklären. Die Kommunisten, die sich sonst nicht genug in der Verächtlichmachung des bürgerlichen Parlamentarismus ergehen können, wollten hier von einer bürgerlichen Mehrheit ein Geschenk erbeten oder vielleicht auch nur ein wenig Agitationsmaterial gegen die Sozialdemokratie gewinnen. Genosse Loops nagelte dieses einer angeblich proletarischen Partei unwürdige Verhalten der Kommunisten fest und erklärte, daß die Danziger Sozialdemokratie auch weiterhin den 1. Mai hochhalte, aber nach der Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages im Jahre 1922 heute nicht bei derselben bürgerlichen Mehrheit um die Gewährung eines sozialistischen Staatsfeiertages betteln wolle. Die Kommunisten sahen dann wohl auch das Unwürdige ihres Verhaltens ein und wagten kein Wort der Erwiderung.

Die erste Beratung eines Gesetzentwurfs auf Befestigung der Konfliktverhütung gegen Beamte, die in Ausübung ihres Amtes sich strafbarer Handlungen schuldig gemacht haben, wurde ohne Debatte dem Rechtsausschuß überwiesen. Erst der zweite Punkt der Tagesordnung, die erste Beratung des neuen Gesetzentwurfs für das Aufwertungs-gesetz rief die Redner auf den Plan.

Abg. Dr. Riehm (D.N.) erklärte im Namen seiner Fraktion, daß diese sich ihre Stellungnahme bis zur zweiten Beratung vorbehalte. Das gab dem Abg. Dr. Blavier (D.D.V.) Veranlassung, diese Erklärung der Deutschnationalen näher zu beleuchten. Es sei interessant festzustellen, daß gerade die Deutschnationalen sich vor einer offenen Stellungnahme zu dieser Frage brüden, obwohl die Landwirtschaft auf dem Gesetz am meisten interessiert sei. Die Deutsch-Danziger Volkspartei begrüße die schnelle Einbringung des neuen Gesetzentwurfs, da hierdurch

endlich ein Zustand der Rechtsicherheit

geschaffen werden kann. Unter allen Umständen müsse aber in dem neuen Gesetz der Paragraph 12 bestehen bleiben, hingegen der Paragraph 1 verändert werden. Ein weiterer Wunsch seiner Partei gehe dahin, daß eine Aufwertung zu unterbleiben habe, wenn der Gläubiger nach erfolgter Kündigung der Hypothek die löschungs-fähige Quittung verweigert habe. — Abg. Dr. Lemke (D.S.) konnte es nicht unterlassen, auch bei dieser Frage Agitation zu treiben, indem er sich als schärfsten Gegner des Aufwertungs-gesetzes in dieser Form ausgab. — Der Entwurf wurde hierauf dem Ausschuss überwiesen.

Es kam nun der oben erwähnte Gesetzentwurf des Abg. Sarnau (D.S.) auf Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Wohnungsnot zur Verhandlung. Abg. Steinhoff (D.N.) erklärte, daß seine Fraktion dem Gesetzentwurf, den der Stadtausschuß abgelehnt habe, als nicht weitgehend genug erachte. Um eine Änderung des Entwurfs herbeiführen zu können, bat er um Rückverweisung an den Ausschuss. Sollte dieser Bitte nicht entsprochen werden, so würde die deutschnationale Fraktion für den Sarnauschen Antrag stimmen.

Abg. Sarnau (D.S.) erzählte seine üblichen Amenten, verfehte den Volkstag zuweisen in grobe Heiterkeit und trat im übrigen für seinen Entwurf ein.

Nun holte Abg. Dr. Blavier (D.D.V.) zu einem Schluß gegen den Senator Dr. Leske aus. Er beantragte zunächst, die ganze Angelegenheit zu vertagen,

da der zukünftige Senator es nicht für nötig befunden habe, zu erscheinen.

Nachdem dieser Antrag abgelehnt worden war, betrat er von neuem die Rednertribüne und erging sich in scharfen und beleidigenden Anwürfen gegen Senator Dr. Leske, nachdem er sich zuvor zwei Ordnungsrufe selbst eingehandelt hatte, welchem Wunsch der Präsident nachkam. Senator Dr. Leske ist hier nicht erschienen, weil er die Wahrheit fürchte. Aus einem Artikel in den Danziger Neuesten Nachrichten und aus den Angaben des Stadtverr. Steinhoff sei nämlich zu ersehen, daß Senator Dr. Leske mit einigen Hausbesitzern verhandelt habe und ihnen den Rat gegeben habe im Volkstag einen Antrag auf Wertschätzung einzubringen. Aus diesem Grunde wäre es durchaus angebracht gewesen, wenn Senator Dr. Leske jetzt im Volkstag erschienen wäre und diese seine Ansicht offen kund gegeben hätte. Davor drückte er sich jedoch. Jetzt wäre es aber wirklich an der Zeit zu erfahren, was hinter den Kulissen gespielt werde, denn noch sei man immer einer Clique ausgeliefert, die ihr deutschnationales Partei-

süßchen kochte. (Senator Dr. Leske betritt den Saal.) „Ich begrüße Sie, Herr Senator.“ (Heiterkeit.) Abg. Dr. Blavier richtete nun an den Senator Dr. Leske noch einmal die vorher erwähnten Fragen.

Senator Dr. Leske kam der Aufforderung sofort nach. Er wies die beleidigende Art und Weise, in der der Redner ihn angegriffen habe, zurück. Im übrigen sei

in seinem Verhalten nicht der geringste Widerspruch zu suchen. Solange er, der Senator, in der ganzen Angelegenheit noch etwas zu sagen habe, sei er stets der Ansicht gewesen und werde es auch weiter sein, daß die Mieten erhöht werden müssen. Das miffen auch Dr. Blavier. (W r o b e r



Ein wortgewaltiger Kommunist.

Abg. Hoffmann rebete wieder einmal die Sozialdemokratie tot.

Der linke Senatspräsident Sahn erhebt sich, um mit dem Redner zu sprechen. Hierauf entsteht erneuter großer Lärm bei den Deutsch-Danzigern und den Kommunisten, so daß der Präsident Semrau Miene macht, die Sitzung zu schließen. Nachdem der Lärm sich gelegt hat, fährt Senator Dr. Leske fort: Er sei nicht in der Lage, eine Erklärung im Namen des Senats abzugeben. Jedem Vertreter des Hauses stehe er gern Rede, nur nicht dem Abg. Dr. Blavier, solange er keinen anderen Ton anschlägt.

Abg. Dr. Blavier glaubte nun feststellen zu können, daß Senator Dr. Leske ihm nicht antworten wolle. Diese Feststellung genügte ihm. — In der Abstimmung wurde der Antrag der Deutschnationalen abgelehnt, ebenso der Gesetzentwurf des Abg. Sarnau in zweiter Beratung. — In zweiter und dritter Beratung wurde nun der Gesetzentwurf zur Änderung des Erwerbslosenfürsorge-gesetzes, der die Familienzuschläge für Erwerbslose erhöht, angenommen.

Hierauf ging Abg. Dr. Lemke (D.S.) wieder auf Dummensang aus. Er begründete nämlich einen Antrag auf Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Neuwahl der Kreistage, der aus juristischen Gründen notwendig sei, da eine Regelung dieser Frage seit Bestehen des Freistaats nicht erfolgt sei. Den wahren Beweggrund verriet er aber dadurch, daß er erklärte, aus Wählerkreisen sei man an einer Partei herangetreten und habe einen solchen Gesetzentwurf gefordert. — Die Deutschsozialen wollen also

ihr Agitationsgebiet aufs Land verlegen.

da sie in der Stadt so gut wie keine Anhänger haben. Der Antrag wurde hierauf dem Gemeindevorstand überwiesen. Ferner fand ein Ausschussantrag auf Vorlage von Gesetzen zur Ermäßigung verschiedener Steuern die Annahme des Hauses.

Das Haus beschäftigte sich nun in zweiter Beratung mit dem deutschnationalen Gesetzentwurf zur Aufhebung der Umsatz- und Luxussteuer. Abg. Böker (D.N.) ergriß hierzu im Auftrage seiner Fraktion das Wort. Der Gesetzentwurf habe im Ausschuss keine Mehrheit gefunden. Die Gründe, die für die Ablehnung maßgebend gewesen sind, könne die deutschnationale Fraktion jedoch nicht anerkennen, da sie den finanziellen Ausfall der bei Annahme des Entwurfs entstehen würde, nicht für so bedeutend halte. Die Wirtschaft müsse vom Steuerdruck befreit werden. Da sich die Regierungsparteien im Ausschuss aber einer Aufhebung der Luxussteuer gegenüber nicht ablehnend verhalten haben, bringe die deutschnationale Fraktion einen Gesetzentwurf ein, der ihre sofortige Aufhebung verlange.

Abg. Hoffmann (Kom.) erklärte, daß seine Partei stets Gegnerin der Umfasssteuer und zum Teil auch der Luxussteuer gewesen sei. Die Deutschnationalen jedoch hätten kein Recht diesen Standpunkt einzunehmen, da sie noch im vergangenen Jahre eine Aufhebung dieser Steuern verhindert hätten. Auch Abg. Hoffmann (D.S.) erklärte sich für den deutschnationalen Antrag.

Abg. Dr. Blavier (D.D.V.) erklärte, daß seine Partei dem Antrage zustimmen werde. Es wäre jedoch nicht nötig gewesen, die Umsatz- und Luxussteuer überhaupt einzuführen, selbst nicht in der Inflationszeit. Wenn man aber einen Antrag auf Aufhebung von Steuern stelle, so müsse man zum mindesten auch einen Weg weisen, um den dadurch entstehenden finanziellen Ausfall zu wettzumachen. Es kämen etwa 8 bis 4 Millionen Gulden als Ausfall in Frage. Diese Lücke könne sofort ausgefüllt werden, der Weg dafür sei höchst einfach.

Man brauche nichts anderes zu tun, als die Gehälter der höheren Beamten abzubauen.

Er wisse, daß auch bei einer Regierungspartei diese Behauptung seit langem bestehe, jedoch an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien immer gescheitert sei. Es wäre jetzt aber an der Zeit, daß die Deutschnationalen, die besonders auf die wohlverordneten Rechte der Beamten pochen, endlich einmal nachgeben und die Beamtengehälter der oberen Gruppen zu gekürzt werden lassen! (Beifalles Bravo und sehr richtig bei den Deutsch-Danzigern und der Linken.)

Die Abstimmung über den Gesetzentwurf mußte durch Auszählung vorgenommen werden. Hierbei ergab sich, daß für den ersten Artikel des Gesetzes 94 Stimmen, davon 47 mit ja und 47 mit nein abgegeben wurden, der Antrag also abgelehnt war. Bei der Abstimmung über den Artikel 2 wurden 88 Stimmen abgegeben, davon 49 mit nein und 39 mit ja, was wiederum Ablehnung bedeutete. Die Dis-

ferenz zwischen den beiden Abstimmungen kam dadurch zustande, da beim Artikel 1 Deutschnationale, Deutsch-Danziger, Deutschsozialen und Kommunisten mit ja, beim Artikel 2 hingegen nur die ersten drei genannten Parteien mit ja stimmten. Das Gesetz wurde auch in der Schlußabstimmung abgelehnt, eine Entscheidung der Regierungsparteien, die die

balbige Aufhebung der Luxussteuer

fordert, hingegen angenommen. Es kam dann der Antrag der Deutschnationalen auf Herabsetzung der Telephongebühren zur Beratung. Nachdem der Abg. Karstisch (D.N.) sich nochmals für den Antrag eingesetzt hatte, wurde dieser jedoch abgelehnt.

Zur Aussprache stand sodann die Große Anfrage der Deutschnationalen über die Notlage der Kleinrentner. Abg. Fr. Meyer (D.N.) schilderte die Not der Kleinrentner, denen man gegenüber nicht gerecht verfahren. Die Renten seien zum Teil unter dem Existenzminimum und müßen unbedingt erhöht werden. — Abg. Wagniewski (Kom.) beschimpfte unaufhörlich die Deutschnationalen als alene Kreaturen und zog sich zwei Ordnungsrufe des Präsidenten zu. Zum Schluß stellte er einen Antrag auf Prozentige Erhöhung der Kleinrentnerbezüge. Auch Abg. Frau Richter (U.B.) hielt eine solche Erhöhung für angebracht. Den Antrag im Augenblick zu unterstützen, sei jedoch unmöglich. Man solle deshalb die Entschlebung der Regierungsparteien annehmen, die eine nochmalige Prüfung der Kleinrentnerfrage durch den Senat verlange. Der kommunistische Antrag wurde hierauf abgelehnt, die Entscheidung der Regierungsparteien angenommen.

Bei der zweiten Beratung des Luftverkehrs-gesetzes stellten die Kommunisten den Antrag, die Fliegerschule zu verstaatlichen. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt, das Gesetz in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Als letzter Punkt stand der kommunistische Gesetzentwurf auf Einführung des 1. Mai als geschichtlichen Feiertags auf der Tagesordnung. Nachdem der Abg. Karstisch (Kom.) in frecher Weise die Sozialdemokratie angegriffen hatte, nahm

Abg. Gen. Loops

das Wort zur Begründung der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion:

Meine Damen und Herren! Auf dem Pariser internationalen Sozialistenkongress im Jahre 1889 wurde beschlossen, den 1. Mai jeden Jahres als Demonstrationstag der Arbeiterkraft für Achtundtags, Sozialpolitik und Wählerfrieden zu begehen. Die deutsche Sozialdemokratie, welcher in früheren Jahren auch wir Danziger Sozialdemokraten angehörten, hat diesen Feiertag der sozialistischen Arbeiterkraft aller Länder stets besonders würdig begangen. Weder durch Polizeimaßnahmen, noch durch Unternehmerrterror, noch durch Hohn und Spott haben wir uns abhalten lassen, am 1. Mai für die hohen Ideale zu demonstrieren und haben den Erfolg verzeichnen können, daß viele unserer Forderungen heute zum Teil erfüllt, zum Teil auch selbst von manchen bürgerlichen Kreisen übernommen worden sind.

Der 1. Mai ist ursprünglich nur als Demonstrationstag gedacht, als ein Feiertag, den sich die Arbeiterkraft aus eigenen Kräften nahm. Als in den Revolutionen der Jahre 1917/18 die sozialdemokratische Arbeiterkraft in den verschiedenen Ländern Europas maßgebenden Einfluß gewann, hat sie den 1. Mai neben den Feiertagen der verschiedenen Religionsgemeinschaften zum Staatsfeiertag erhoben. Die Danziger Sozialdemokratie hat daher in allen Volkstagen die Gelegenheit genommen,

einen diesbezüglichen Antrag auch für die Freie Stadt Danzig einzubringen.

Dieser Antrag wurde durch die bürgerliche Mehrheit des Volkstags abgelehnt. Die Machtverhältnisse im Danziger



Der Hakenkreuzler Dr. Lemke.

Eine reinrassige deutsche Leuchte der antisemitischen Wissenschaft.

Parlament haben sich seither nicht geändert, sondern es ist vielmehr auch heute noch eine starke bürgerliche Mehrheit vorhanden.

Die sozialdemokratische Fraktion erachtet auch weiterhin den 1. Mai als den Demonstrationstags und Feiertag der Klassenbewegten internationalen Arbeiterkraft. Sie hält es aber nicht der Würde der Danziger Arbeiterkraft entsprechend, wenn sie dauernd bei einer bürgerlichen Parlamentarismehrheit um die Erhebung des 1. Mai zum Staatsfeiertag angehen soll. Dieses proletarische Selbstgefühl läßt der erneut eingebrachte Antrag der Kommunisten jedoch vermischen. Aus diesem Grunde kann sich die sozialdemokratische Fraktion nicht für den Antrag der Kommunisten erklären. Da sie andererseits aber ihre Auffassung von der Notwendigkeit und der hohen Bedeutung des 1. Maitäges auch fernerhin mit aller Macht vertreten wird, hat die sozialdemokratische Volkstagsfraktion beschlossen, sich bei der Abstimmung über den kommunistischen Antrag der Stimme zu enthalten. (Beifalles Bravo bei der Sozialdemokratie.)

In der Abstimmung wurde hierauf der Gesetzentwurf abgelehnt. Die Tagesordnung war somit beendet. Nächste Sitzung: Mittwoch, den 16. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr.

Aus dem Osten

Der Wirtschaftsstreit in Marienburg.

Marienburg hat, wie erinnerlich, in seiner Jubiläum...

In der Versammlung des Kaufmännischen Vereins kam...

Der Kaufmännische Verein Marienburg hat in seiner...

Ein durchgehendes Militärhörnchen.

Ein Pferd aufgespießt und erschossen.

Am Dienstagmorgen gegen 1/4 Uhr raste in Königsberg...

Schießerei auf einem Dampfer.

Auf dem in Stettin im Hafen liegenden schwedischen...

Johannisberg. Ein Rauger ist infolge Wirbel...

Colberg. Die vernichteten Karpfenteiche. Ein...

durch welchen sieben terrassenförmig angelegte Karpfenteiche...

Memel. Ihr Erscheinen eingestellt hat die...

Aus aller Welt

Wer ist der Breslauer Luftmörder?

Ein Brief an den Großvater.

Nach einem Drahtbericht aus Breslau erhielt der Groß...

Das der Schreiber des Briefes den Ort Münsterberg...

Mittwoch morgen sind weit über hundert Schnobeamte...

Explosion in einer Munitionsfabrik.

Bisher 3 Tote.

Mittwoch vormittag entstand bei einer Probe mit Phos...

Geländeschießungen beim Berliner Nord-Süd-Bahnbau.

Die „Nachtausgabe“ meldet aus Zürich, daß auf Er...

Doppelschmord aus Geschäftsbesorgen. In der ver...

Schweres Motorradunglück in Chemnitz.

Dienstagabend gegen 11 Uhr ereignete sich in der...

Der Kraftwagen des Berliner Kaufmanns Sachs, des...

In die Viehherde gerast.

Das beladene Auto einer Alsfelder Bierbrauerei geriet...

Spuk in der Julianastraße.

Mortseichen aus dem Jenseits.

In der holländischen Stadt Rosendaal herrscht große Auf...

Sofibarität im Unglück. Die Rosenheimer Lokomotivführer...

Schule für Taschendiebstahl in Charlottenburg. Lang...

Feuer in einer Werkst. Aus London wird gemeldet:

Ein verhängnisvoller Scherz. Wie die „Deutsche All...

Ein polnisch-tschechischer Zusammenstoß. In Jablunka...

Schrecklicher Tod. In Gundelfingen in Schwaben ist der...

Frau Ellen Rote

Ein Eheroman von Felix Hollaender 40. Fortsetzung.

Am Gottes willen, Madam, ich traue mir ja gar nicht...

Sie aber geht in das Krankenzimmer und setzt sich schwe...

Londoner Bilder.

Die Stadt und ihre Menschen.

Ein bekanntes Wortspiel jagt: „Ein Engländer: ein Idiot; zwei Engländer: ein Matz; drei Engländer: die größte Nation der Welt.“ Die Mentalität dieses Volkes ist damit zwar nicht erschöpfend, aber doch in einzelnen Zügen richtig angedeutet. Das zeigt London auf Schritt und Tritt. Es wohnen hier zwar mehr Juden als in Palästina, mehr Iren als in Dublin, mehr Deutsche als in einer mittleren deutschen Provinzstadt usw.; aber der Engländer gibt doch den Ausschlag. In London gewinnt man, wie überall im Ausland, sofort den Eindruck, daß es nun einmal Menschen gibt, die so ganz anders als wir denken und fühlen, und deshalb in ihren Handlungen auch ganz anders als unsere Stammverwandten beurteilt werden müssen.

Der Engländer kann sehr großzügig, aber auch wieder ganz konservativ und zugewandt sein. Mit kindlichem Stolz hängt die Nation, hängt aber auch der Einzelne an Ueberlieferungen von alten Bräuchen. Man hat noch das alte, unpraktische Geldsystem, hat eine ungeschriebene Verfassung in Jahrhunderten nicht geändert, respektiert (auch in Arbeiterwohnungen) das Bildnis des Königs. Im Tower, dem alten dunkleren Staatsgefängnis an der Themse, erschauert jeder Einheimische in Ehrfurcht; die Wächter und Diener tragen natürlich die alte, historische Tracht. Noch immer ist der Admiral und sind die Prinzen hunderbaren Zeremonien unterworfen. Täglich findet im House Guards eine lächerliche, aber schillernde Parade der Garde statt, und vor dem Buckingham-Palast, der Wohnung des Königs, schieben zwei Grenadiere leuchtend so halb im Laufschrift und schweigend unter einer kolossalen Bärenmütze Wache. Der Vorkanzler sitzt noch heute auf seinem Bollsack im Oberhaus, und der Präsident des Unterhauses muß aus alter Gewohnheit bei der Sitzung eine große Perücke tragen. Solche „alten Söpfe“ können zu Hunderten aufgezählt werden.

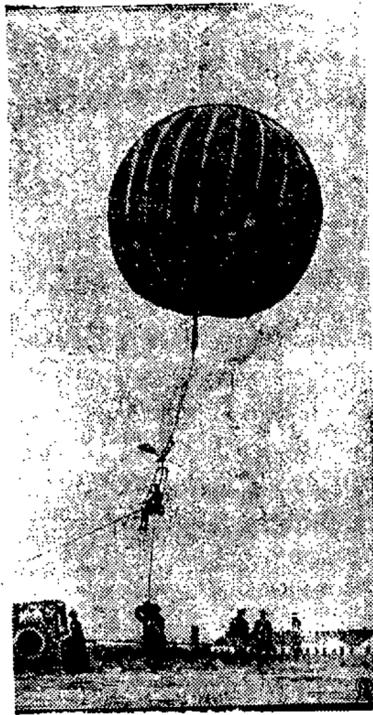
Trotzdem: Jung-London gibt sich freier. Man benimmt sich in London wesentlich ungenierter als bei uns. Die ohnehin schauerlich gepuderten und geschminkten (sonst aber nicht übel!) Londoner Misses und Bomans streuen sich auf offener Straße, im Café und im Park, seelenruhig das weiße Zeug ins Gesicht. In den Parks liegen Männlein und Weiblein in Scharen da und dort, eng umschlungen am hellen Tage auf dem Rasen. Warum nicht? Wer's nicht sehen mag, soll weitergehen. Der Andrang zu den Theatern z. B. ist gerade jetzt sehr stark. Eine Stunde vor Raftöffnung kommen die Menschen schon und stellen sich in langen Rängen an. Da vermietet eben ein Nachbar Klappstühle, das Stück zu einem Penny, und bald hocht eine fünfzig und mehr Meter lange Reihe von Personen auf dem Gehweg. Dann geht bestimmt auch nicht ein Musikant oder Sänger, der sich auf die Straße stellt, sich produziert und nachher mit dem Hut Pennys und Halbpennys sammelt. Oder ein altes Weib hält eine Rede vom Reiche Gottes oder den Gefilden der Seligen, was die Sitzenden entweder köstlich amüsiert oder stark interessiert.

Auf der Oxford-Street ist der Verkehr lebensgefährlich. Trotzdem marschieren drei oder fünf Mann daher mit Pauken und Trompeten und hauen einen Marsch nach dem anderen herunter. Nachher kommt die Damenkapelle der Heilsarmee zwischen Omnibussen und Autos und spielt Choräle; am Randstein singt ein Blinder, dort macht einer Kopfstand und Rumpfbüchsen, hier bettelt ein Junge um einen Penny; London verträgt alles, duldet alles und — übersteht alles.

Seinen besonderen Reiz hat stets der Hyde-Park, eine riesige Anlage westlich der City, also dem Zentrum, mit ausgedehnten Rasenflächen, Autostraßen, Rennstraßen, großem Ruderteich und Musikkapellen. Hier sind Sonntags Hunderttausende von Menschen, um zu bummeln oder im Graze zu schlafen. An der Ecke der Edgware Road aber ist es besonders lebendig. Dort sind abends und an Sonntagen den ganzen Tag über Versammlungen unter freiem Himmel. Jemande hierher, stellt sich hin und beginnt zu reden. Das Publikum kommt von selbst. Da spricht einer von der Heilsarmee, dort von einer kirchlichen Gemeinschaft, Phrenologen, Philosophen, Parteileute, Verirrte, Fanatiker, Grübler, Weltverbesserer — alles redet, und jeder findet Zuhörer. Der eine spricht zu fünfen, der andere zu zehntausend. Die größten Versammlungen haben stets die sozialistischen Redner, über deren Haupt eine rote Fahne weht, und die einander häufig ablösen. So kann es vorkommen, daß ein Rednerpult von morgens früh bis Mitternacht stets besetzt ist. Im Hyde-Park darf jedermann reden. Blamieren ist Privatangelegenheit. Der Londoner hört jedem zu, der etwas zu sagen hat. Selten gibt es Zwischenrufe, nie wurde ein Redner gekört — jeder kommt zum Wort. Schmerzlich berührt denkt man dabei an die deutsche „Red-

freiheit“. Allerdings: der Londoner nimmt diese Dinge mehr von der sportlichen Seite. Ihm imponiert der gute Redner, der Wit und Gewandtheit und ein gutes Organ besitzt, mehr als das, was der Mann da oben sachlich ausführt. Schlechte Redner finden im Hyde-Park nie ihr Publikum. Die Sozialisten haben ein paar stramme Kerle, die mit Eleganz und Schwung rhetorisch glänzend ihren Spech durchführen. Einzelne sind fabelhaft: Jetzt reißen sie die Fäustel mit, dann fällt ein guter Wit, und während das Volk unten herzlich lacht, bracht mit wütender Gebärde ein Donnerwetter nieder, daß den anderen das Rücken schmerzhaft. So geht es fort bis gegen Mitternacht; keiner kann mehr den Redner erkennen, nur seine Gestalt hebt sich dunkel am Himmel ab.

Der Engländer weiß den mutigen, freien Mann zu schätzen. Er ist ohne Vorurteil — in diesen Dingen wenigstens — und läßt jeden nach seiner Façon selig werden. Im Hyde-Park spiegelt sich ganz London wider.



Der Ballon ohne Gondel.

Eine Neuerung in der Beobachtung vom Ballon aus, ist in der amerikanischen Aviation eingeführt. Der Beobachtungs-offizier sitzt vollständig frei, um bei Gefahr mit Hilfe eines Fallschirms abpringen zu können.

Ein abgehacktes Bein 200000 Dollar wert.

Unfall oder Versicherungsbetrug. — Ein Sensationsprozeß in Wien.

Vor dem Wiener Handelsgericht fand Dienstag ein Prozeß statt, den der Techniker Emil Marek gegen die Versicherungs-gesellschaft Anglo Danubian Bond auf Bezahlung einer Unfallversicherungssumme von 200000 Dollars angestrengt hatte. Marek schloß mit der Versicherungsgesellschaft am 29. Mai vorigen Jahres eine Unfallversicherung ab, und zwar sollte ihm die Anstalt im Falle seines Todes 100000 Dollars, im Falle bleibender Invalidität 400000 Dollars gegen entsprechende Prämienleistung zahlen. Am 1. Juni 1925 sei ihm die Police ausgestellt worden, womit der Versicherungsvertrag in Wirksamkeit trat. Am 12. Juni habe er an einer neuen Erfindung, an einer Solzpumpe gearbeitet, sei mit dem Beil vom Axtstod abgeglitten und habe dabei sein linkes Bein so unglücklich getroffen, daß der Knochen durchgetrennt wurde und das Bein sofort amputiert werden sollte. Entsprechend den Bestimmungen des Versicherungsvertrages sei der gänzliche Verlust eines Beines

einer fünfzigprozentigen Invalidität gleichgehalten; ihm stehe für den Unfall eine Versicherungssumme von 200000 Dollars zu.

Die Versicherungsgesellschaft verweigert aber die Auszahlung unter der unerhörten Beschuldigung einer Selbstverletzung. Seitens der Versicherungsgesellschaft wird gemeldet, daß hier ein Versicherungsbetrug vorliege, der die Anstalt jeder Leistung enthebe, da der Unfall von Marek vorsätzlich herbeigeführt wurde. Das Gutachten von hervorragenden Sachverständigen, wie Prof. Dr. Haberda, bewies, daß die Verletzungen an dem Bein durch mehrere Stöße entstanden sind, die mit großer Kraft geführt worden sein müssen. Ein Ausgleiten des Beiles hätte niemals eine solche Wucht haben können, daß zwei starke Knochen vollständig durchschnitten und das Bein abgetrennt werden könnte.

An dem Bein, welches sich im Institut für gerichtliche Medizin befindet, wurde eine 4 Zentimeter lange, fast ein Zentimeter breite klaffende Wunde festgestellt, ferner eine zweite in der gleichen Richtung, die nicht ganz drei Zentimeter lang ist und drei bis vier Zentimeter unterhalb der ersten Wunde liegt. Es befindet sich dann noch eine dritte Wunde an dem Bein, die ebenfalls ganz glatte Wundränder aufweist. Sowohl Dr. Haberda wie andere Persönlichkeiten haben ihr Gutachten dahin abgegeben, daß es

vollkommen ausgeschlossen ist, daß die Verletzungen des Beines durch einen zufälligen Stöß entstanden sind.

Sie erklären vielmehr mit voller Bestimmtheit, daß es sich um Verletzungen, die durch mehrere Stöße herbeigeführt wurden, handelt. Abgesehen davon sei ein großzügiger Versicherungsbetrug von Seiten Mareks schon von vornherein geplant gewesen. Marek habe sich auf dem Versicherungsantrag als akademischer Ingenieur, Leiter eines großen Elektrizitätswerkes, ausgedehnt und sein Alter mit 32 Jahren angegeben. In Wirklichkeit sei er aber ein 21jähriger Student, mit dem die Versicherungsgesellschaft niemals einen solchen Vertrag abgeschlossen hätte. Auch die Angaben seiner Vermögensverhältnisse und seines Standes haben sich als vollständig unrichtig herausgestellt. Die Vermögenslage Mareks sei im Mai vorigen Jahres bereits hoffnungslos gewesen. Inzwischen ist ein Strafverfahren gegen Marek wegen Betruges eingeleitet worden. Das Gericht beschloß, dem Antrag auf Unterbrechung des Verfahrens bis zur Erledigung des laufenden Strafverfahrens gegen Marek stattzugeben.

Das Hochwasser der Donau.

Niesiger Schäden.

Nach den Nachrichten über das katastrophale Hochwasser im Gebiet der oberen Donau hat es, wie schon kurz berichtet, am schlimmsten in der Gegend von Donaowörth gehaut. Dort ist in Pfaffenhausen der Donaudamm bei der Barthshodschwänge gebrochen, obwohl die Wachmannschaften den ganzen Nachmittag unermüdet an der Sicherung des Dammes gearbeitet hatten. Die Getreide- und Heuernte von mehreren tausend Tagwerk in den Gemeinden Zusum, Netzingen, Donaaminster und Erlingshoien dürfte vernichtet sein. Eine weitere Einbruchsstelle konnte durch das tatkräftige Eingreifen der Feuerwehren und Wachmannschaften noch gehalten werden. Seit 1891 ist in der Gegend keine solche Katastrophe mehr eingetreten. In Launingen waren weite Teile der Donauvorstadt unter Wasser. Das Hochwasser war dort das stärkste seit 1892. Der Schaden ist außerordentlich groß. Auch in Gundelfingen war die Ueberflutung größer als in allen Jahren seit 1898, zumal auch dort ein Dammbau in Donauredt dazu kam. In Peterswörth stand fast das ganze Dorf unter Wasser. Auch hier ist der Schaden sehr groß.

Der letzte von der bayerischen Landesstelle für Wasserfunde herausgegebene Bericht gibt an: Der katastrophale Charakter des Donauhochwassers reicht nunmehr bis nach Jugsoslavien. — Regensburg meldet um 8 Uhr vormittags 300 (1924: 360). Deggendorf erwartet bis Mittwochabend einen vorläufigen Höchststand von 865 bis 370 (1924: 389). Damit ist die Gefahr der Ueberflutung der rechtsseitigen Hochwasserdämme gegeben. In Passau hat das Hochwasser am Pegel eine Höhe von 445 erreicht. Bis Mittwoch wird mit einem Pegelstand von 520 gerechnet. Da die Gebiete der Wörnitz, Altmühl und des Regen nur schwach überregnet wurden, wird sich das Hochwasser voraussichtlich nicht mehr mit so außergewöhnlich katastrophaler Macht auswirken, wie an der oberen Donau, dagegen können sich von der Fluvmündung abwärts die Verhältnisse infolgedessen wieder ungünstig gestalten, daß die Möglichkeit eines Zusammenstießens der Donauwelle mit der mittleren Hochwasserwelle der Rar besteht. Nach anderen Nachrichten scheint dieses Zusammenstießen eingetreten zu sein.

Die Donau ist im schwäbischen Ueberschwemmungsgebiet im langsamen Fallen

begriffen. Der durch die schon gestern gemeldete Wasserfatastrophe angerichtete Schaden an Gebäuden, Getreide und Vieh beziffert sich schon jetzt schätzungsweise bis zu zehn Millionen Mark. Die Landtagsabgeordneten des schwäbischen Ueberschwemmungsgebietes brachten im Landtag sofort einen Antrag ein, der als Notstandsmaßnahme Flüssigmachung billiger Kredite, Niederschlagung der fälligen Steuern und Stundung der Steuern für 1926 im Notstandsgebiet fordert.

Aus Oberungar werden Hochwasserkatastrophen gemeldet. Die oberungarischen Flüsse sind aus ihren Ufern getreten. In Balassagyarmat wurden die niedriger gelegenen Stadtteile gänzlich überschwemmt. Aus Rumänien eintreffende Nachrichten melden, daß das Hochwasser dort auch Menschenleben gefordert hat. In vielen Orten ist der Eisenbahnverkehr unterbrochen. Die Ernte ist zum großen Teil vernichtet. Ähnliche Nachrichten liegen auch aus Bessarabien vor. Auch in Ultramänien hat das Hochwasser großen Materialschaden angerichtet.

Das gefährdete Oberstromgebiet.

Kurz vor dem Beginn der Heuernte im Oberflußgebiet ist infolge der starken Niederschläge ein außerordentlich hoher Wasserstand der Ober eingetreten. Die schleichenden Nebenflüsse des Stromes, besonders die Rette, führen derartige Wassermengen mit sich, daß in kurzer Zeit der Wasserstand des mittleren Laufes der Ober eine Steigung von über 1 1/2 Metern zu verzeichnen hat. Man rechnet mit zwei Flutwellen, die erste hat Frankfurt bereits erreicht. Sie verursacht, daß der Pegelstand im Laufe des Tages um 75 Zentimeter gestiegen ist.

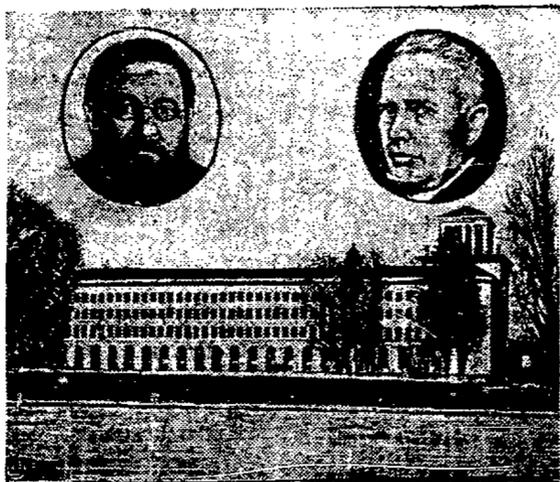
Aus den Bezirken des Oberlaufes der Ober liegen Meldungen vor, die ein erneutes Anwachsen des Stromes gegen Ende der Woche erwarten lassen. Durch die steigenden rechten Nebenflüsse der Ober, wie z. B. die Warthe, sind in Rützin, Landsberg und verschiedenen anderen Orten beträchtliche Verheerungen angerichtet worden. Vor allem scheint die diesjährige Grasenernte im Warthe- wie im Obergebiet vernichtet zu sein.



Heiße Tage in Japan.

Japanische Polizei verhaftet Streikdemonstranten in Tokio.

Der älteste Mann der Welt erkrankt. Jaro Agba, der 163jährige Türke, dem niemand den Ruhm streitig machen kann, der älteste Bewohner der Welt zu sein, liegt jetzt krank in dem Dierrah-Pacha-Krankenhaus zu Stambul. Er war noch immer als Amtsdienstler in einem Büro tätig und fühlte sich plötzlich unwohl. Da er vorher noch niemals richtig krank gewesen war, so ist er natürlich über diese Unpäßlichkeit sehr ungehalten und leugnet entsetzt, daß es sich dabei um „Altersschwäche“ handle. „In meinem Kopf geht alles wie ein Durcheinander“, klagt er, „und die Brust schmerzt mich. Ich weiß nicht, was mir fehlt, aber es muß der Wetterwechsel gewesen sein, der mich krank gemacht hat.“



Die Eröffnung des neuen Arbeitsamtes.

Der Palast des Internationalen Arbeitsamtes in Genf (ein 85 Meter langes und 35 Meter breites Gebäude), wurde am 6. Juni unter Teilnahme des deutschen Arbeitsministers Brauns, Briand und Chamberlain eröffnet. Ein großer Teil der 56 Staaten, die dem Internationalen Arbeitsamt angeschlossen sind, haben dazu beigetragen, dieses Heim so schön und zweckentsprechend wie nur möglich auszugestalten. So spendete z. B. Deutschland die Glasstiege für das große Treppenhhaus, Schweden die Möbel für das Präsidentenzimmer, für das Verwaltungsratszimmer gab Großbritannien das Mobiliar. Indien stiftete Holzarbeiten, Frankreich Teppiche und Gobelins, Australien stellte das Hauptportal her u. a. m. — Unser Bild veranschaulicht das Gebäude des Internationalen Arbeitsamtes, Porträt oben links: Der Direktor des Amtes, Albert Thomas (Frankreich); rechts: Der bei der Einweihung anwesende deutsche Arbeitsminister Brauns.

Wirtschaft, Handel, Schifffahrt

Danzigs Export nach Palästina.

Die vor einiger Zeit in Danzig gegründete Europa-Orient Ausstellungs- und Handels-Gesellschaft hat in den letzten Wochen die hiesige Exportindustrie für die Erschließung neuer Absatzgebiete interessiert. Die Firma unterhält mit der Mis'har W'assila Co. Ltd. in Tel-Aviv eine ständige Ausstellungs europäischer Exporterzeugnisse, die von der Mis'har W'assila Co. Ltd. im ganzen Orient abgesetzt werden. Bisher haben sich folgende Danziger Firmen zur Teilnahme angemeldet: Acetylen- und Sauerstoffwerke, A.-G.; J. Borg, A.-G.; Danziger Schraubenfabrik und Facondreherlei, A.-G.; Danziger Treibriemenfabrik, A.-G.; Danzig-Oliwaer Ladefabrik, A.-G.; Epp, Gießerei u. Co., Maschinenfabrik; Hirschfeld u. Sohn, Holzexport; Max Voennstein, Dachpappenfabrik; Olfaschokoladenwerke, A.-G.; Olfas, Olfas; Ph. Philipp, G. m. b. H.; F. B. Prager; Sarotti, A.-G.; Saitiva, A.-G.; Dr. Schuster u. Köhler, A.-G. Auch die Danziger Handelskammer hat beschlossen, sich an der Ausstellung mit Informationsmaterial über Danzigs Handel und Industrie zu beteiligen, ferner hat der Hafen-Ausschuss einen Ausstellungsplatz belegt, um für den Danziger Hafen und seine Einrichtungen Propaganda zu machen.

Wie die Europa-Orient Ausstellungs- und Handels-Gesellschaft noch mitteilt, lassen die letzten Informationen aus Palästina erkennen, daß die wirtschaftliche Lage sich von Tag zu Tag bessert. Es sind neue finanzielle Institutionen im Entstehen und neue Mittel geschaffen worden, um speziell Palästina zu elektrifizieren und große Arbeiterkolonien zu errichten.

Geschäftsabfluß Danziger Aktiengesellschaften.

Die Danziger Union-Transport- und Rückversicherungsgesellschaft, Danzig, weist in ihrer Bilanz per 31. Dezember 1925 einen Verlust von 1084,71 Gulden bei einem Aktienkapital von 50.000 Gulden auf.

Die Salamanderfischerei-Gesellschaft hat ihre Bilanz per 27. Februar 1926 fertiggestellt. Die Bilanz weist einen Gewinn von 28.430,43 Gulden auf, wovon 10.289,82 Gulden auf Danzig und 18.140,61 Gulden auf Kattowitz entfallen. Aus Waren hatte die Danziger Stelle einen Gewinn von 219.881,79 Gulden und die Kattowitzer Stelle einen solchen von 55.164,96 Gulden. Das Aktienkapital der A.-G. beträgt 60.000 Gulden.

Die Danziger Polakontor-Gesellschaft, Danzig, zeigt in der Bilanz per 31. Dezember 1925 einen Gewinn von 290.912,27 Gulden. Sie schüttet eine Dividende in Höhe von 4 Prozent und eine Superdividende in Höhe von 1 Prozent auf das Aktienkapital von 480.000 Gulden aus.

Königsberg als Holzausfahrhafen ein Konkurrent Danzigs?

Wie der „Dato“ aus Königsberg gemeldet wird, soll auf Beschluß der polnischen Regierung die Grenzstation Profeten-Graben in Bezug auf die Holzexporte mit den anderen Grenzstationen gleichgestellt werden sein. Ab 10. Juni soll auch für den Holzexport über diese Grenzstation der Ausnahmetarif gelten, so daß der Tarifvorsprung, den Danzig bisher hatte, damit hinfällig wird. Königsberger Wirtschaftskreise wollen von dieser Maßnahme eine Belebung des Königsberger Hafens auf Kosten Danzigs erhoffen, da man annimmt, daß ein großer Teil des Holzexports aus den Ostprovinzen jetzt über Königsberg geleitet werden wird.

Wir halten diese Meldung schon aus dem Grunde für unzutreffend, als sich Polen bekanntlich dem Völkerbunde gegenüber verpflichtet hat, den Hafen von Danzig ebenso für seine Einfuhr wie für die Ausfuhr voll auszunutzen, selbst für den Fall, wenn es bereits eigene leistungsfähige Häfen an der Ostküste errichtet haben wird. Somit kann von einer Belebung des Königsberger Hafens durch polnischen Export „auf Kosten Danzigs“ erst recht nicht die Rede sein. Im übrigen findet die „Dato“-Meldung weder in der polnischen Presse noch von amtlicher polnischer Seite eine Bestätigung.

Der Saatensand in Preußen Anfang Juni.

Ueber den Saatensand in Preußen Anfang Juni fährt die statistische Korrespondenz u. a. aus: Im großen und ganzen hat der Mai die Wünsche des Landwirts erfüllt. Die Niederschläge waren in den meisten Landesteilen ausreichend und reichlich gut verteilt, in einzelnen Gegenden von Ostpreußen sogar zu hart. Ungenügende Feuchtigkeit hatten große Teile von Pommern und Sachsen sowie auch Brandenburg. Im allgemeinen hat sich das Bild des Saatensandes gegen den Vormonat kaum geändert. Der Winterroggen hat abermals um 0,1 Punkt nachgelassen, so daß er etwas schlechter steht. Ebenso haben Haas und Rübren, Alee und Luzerne sich um 0,1 Punkt verschlechtert. Die Aussichten für Wintergerste und besonders für Weizen (2,7) sind besser geworden, während der Roggen sehr erheblich, nämlich um 0,7 Punkte schlechter steht. Das Sommergetreide mit Ausnahme des Roggens und Hülsenfrüchte zeigt durchwegs einen besseren oder doch wenigstens den gleichen Stand wie im Vorjahr. Die Hackfrüchte haben durchwegs um 0,1 bis 0,2 Punkte nachgelassen. Bei Winterweizen zeigt Schleswig die beste Note mit 2,4, Königsberg und Gumbinnen den Tiefstand mit 2,2. Der beste Stand des Winterroggens mit 2,6 wird diesmal von Oprehn, Schleswig und Hildesheim erreicht.

Ausweis der Russischen Staatsbank zum 1. Mai.

Die Generalbilanz der Russischen Staatsbank zum 1. Mai stellt sich wie folgt in Mill. Rubl.: Passiva: Grundkapital 100; Reservefonds 15; Banknoten im Umlauf 724,6 (am 1. April: 724,1); spezielle Mittel für Operationen zur Rechnung des Finanzkommissariats 253,3; laufende Rechnungen und Depositen des Finanzkommissariats 695,3; andere laufende Rechnungen und Depositen 416,2; ungenutzte Ueberweisungen 28; Getreideoperationen 0,1; Korrespondenzen 85; andere Passiva 333,1. Aktiva: Kassenbestand und Summen unterwegs 81,5; Edelmetalle und Auslandsvaluta 220,1 (am 1. April: 229,7); Wertpapiere 71,6; Waren 0,4; diskontierte Wechsel 688,9; spezielle laufende Rechnungen gegen Wechsel 20; Spezialkredite 29,6; Darlehen gegen Waren 189,3; andere Kassen- und Darlehensoperationen 146,3; Getreideoperationen 21,2; Darlehen aus Mitteln des Finanzkommissariats 24,7; Korrespondenzen 28; andere Aktiva 157,4. Die Bilanz schließt mit 2.361,9 Mill. Rubl. ab. An Garantien waren von der Staatsbank für rund 9,5 Mill. Rubl. erteilt. Laut Ausweis der Bankzentrale zum 1. Juni betragen die Gold- und Edelmetalle der Zentralbank 237,2 Mill. gegenüber 223,3 Mill. Rubl. am 1. April, während sich der Kassenbestand auf 701,2 Mill. (724,6 Mill.) stellt.

Banknotenumsatz in Italien. Großer Anstieg hat dieser Tage in Italien der Banknotenumsatz der Banca Popolare Lombarda in Parma gemacht. Die Bank, die sich schon seit geraumer

Zeit in Zahlungsschwierigkeiten befand und von einer Cremoneser Gruppe über Wasser gehalten wurde, hat nunmehr ihre Zahlungen eingestellt und die Aktionäre auf den 17. Juni einberufen, um über die Liquidation des Instituts Beschluß zu fassen. Die Cremoneser Finanzgruppe hat den früheren Präsidenten der Bank, Grafen Luffmann, wegen betrügerischer Manipulationen verklagt. Graf Luffmann soll angeblich die Uebergabe des Aktienpakets an die Cremoneser Gruppe die Situation der Bank in völlig falschem Licht dargestellt haben. Im San Memo fand kürzlich die Gläubigerversammlung der Banca B. Garibaldi e. C. in Imperia statt. Der vom Konkursverwalter vorgelegte Bericht ist äußerst ungünstig.

Aufent

Kinder-Fest

anlässlich der Kulturwoche statt. Alle Partei- und Gefinnungsgenossen sind verpflichtet, ihre Kinder

um 2 Uhr zum Hausaplag

zu schicken. - Abmarsch von dort nach dem **Bischofsberg.**

Dortselbst gemeinsame Spiele aller Kinder.

Sozialistischer Kinderbund

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen gehen ihrem Abschluss entgegen. Bisher war bereits eine ganze Reihe Fragen erledigt, die die Papier-, Textil- und chemische Industrie betreffen. Es macht sich eine beiderseitige Bestrebung bemerkbar, auch die weiteren Fragen im raschen Tempo zu erledigen. Somit hofft man, daß man in nächster Zeit zu einem beide Parteien befriedigenden Abschluss gelangen wird.

Außer den handelspolitischen Verhandlungen finden zur Zeit in Berlin auch deutsch-polnische Verhandlungen über verschiedene Fragen statt, deren Regelung infolge der Grenzschließung erforderlich erscheint. Zunächst wird über die durch die Grenze bestimmten Bergwerksfelder verhandelt; im Anschluß daran über die Benutzung des polnischen Bahnhofs in Garbeja für die Bevölkerung von Garne, die Zell- und Packabfertigung in Kurzebrad und die Fischer in den Grenzgewässern. Die Verhandlungen werden auf deutscher Seite von dem Gesandten Dr. Edart unter Mitwirkung der beteiligten Ressorts, auf polnischer Seite von dem polnischen Regierungsbevollmächtigten Kozorowski, Ministerialrat Archonowski und Polowobischatsrat Jaltzewski unter Beteiligung von Vertretern verschiedener Ministerien geführt.

Besserung in der polnischen Industrie.

Die Gesamtzahl der in der polnischen Industrie beschäftigten Arbeiter ist im Juni gegenüber dem März um 20 Prozent zugenommen. Eine Besserung ist besonders in der Mineralien-Industrie zu verzeichnen, wo die Beschäftigung bisher um 20 Prozent gestiegen ist. Ferner stieg die Beschäftigung in der Textilindustrie um 11, in der Holzindustrie um 24, in der Lederwaren-, elektrischen und chemischen Industrie um je 9 Prozent. Die von der Regierung organisierten öffentlichen Arbeiten beschäftigen z. B. 20.195 Arbeiter.

Steigerung des polnischen Devisenvorrates.

Die schwächere Tendenz des Dollars dem Notz gegenüber, welche am 20. Mai begann, hat in den letzten Tagen einen ausgeprägten Charakter einer dauernden Aufwärtsbewegung angenommen, was eine beträchtliche Steigerung des polnischen Devisenvorrats zur Folge hat. Infolgedessen zeigt die Bilanz der Bank Polski für die letzte Dezade eine Steigerung des Devisenvorrats, obgleich in diesem Zeitabschnitt die Bank auf Antrag der Regierung verschiedene Schuld- und Rinszahlungen in der Gesamthöhe von über 3 Millionen Dollar nach Amerika überweisen mußte.

Die Einfuhrkontingente Oesterreichs und der Tschechoslowakei nach Polen.

Das Organ des Warschauer Zentralverbandes für Industrie und Handel, der „Przeglad Gospodarczy“, äußert sich mit großer Unzufriedenheit über die Durchlöcherung des polnischen Reglementierungssystems durch die neuesten Vereinbarungen mit der Tschechoslowakei und Oesterreich. Beiden Staaten seien Einfuhrkontingente eingeräumt worden, die ihre tatsächlichen Exportmöglichkeiten bei weitem übersteifen und in Wirklichkeit nur eine „Durchlöcherung“ deutscher Waren nach Polen begünstigen dürften. In den tschechoslowakischen Kontraktentwürfen seien solche Artikel enthalten, wie Kaffee, Rohkaffee, Tee usw., also Waren, die von der Tschechoslowakei weder produziert werden, noch einen Spezialartikel ihres Handels bilden; es unterliege keinem Zweifel, daß diese Waren über Hamburg gehen werden. Sowohl Oesterreich als auch die Tschechoslowakei haben sich die Kontrolle über die Erteilung der polnischen Einfuhrkontingente vorbehalten: die vom zuständigen österreichischen bzw. tschechoslowakischen Ministerium abgeforderten Faktura können von den polnischen Behörden nicht zurückgewiesen werden, sofern sie nur den Rahmen des Kontingents nicht überschreiten. Die Einfuhr aus der Tschechoslowakei ist der Kompetenz der polnischen Einfuhrkommission entzogen.

Keine Verpachtung der polnischen Kupferminen. Infolge Zeitungsmitteilungen, daß das polnische Handels- und Industrieministerium beabsichtigt, die staatlichen polnischen Kupferminen der Firma Gebrüder Nobel A.-G. zu verpachten, teilt das erwähnte Ministerium amtlich mit, daß solche Absicht nicht besteht.

Telephonverkehr Warschau-Badepel. Ab 15. Juni wird die Telephonlinie Warschau-Badepel für den öffentlichen Fernsprecheverkehr eröffnet. Ein Dreiminutengespräch wird 264 Notz kosten.

Erhöhung des polnischen Kupferpreises um 30 Prozent. Das polnische Kupfermineral hat eine Preiserhöhung für Kupferprodukte um nahezu 30 Prozent bedingt. Die Erhöhung der Preise durch das Finanzministerium ist bis zur Neubildung der Regierung angeordnet worden.

Verkehr im Hafen.

Eingang. Am 9. Juni: Deutsches M.-Sch. „Methan“ (297) von Rostock a. N. mit Eisen für Danz. Sch.-R., Freibezirk; deutscher D. „Comitrom“ (481); deutscher Landb. „Thermoor 1“ (128) von Brate, leer für Scharenberg, Kaiserhafen; schwedischer D. „Fris“ (215) von Malmö mit Gütern für Reinhold, Freibezirk; dänischer D. „Nord“ (283) von Kopenhagen mit Gütern für S. Jørgensen, Uferbahn; schwedischer D. „Eby“ (203) von Wlkan, leer für Ganswindt, Schellmühl; deutsches M.-Sch. „Guntäg“ (260) von Kopenhagen mit Gütern für Thor Hals, Uferbahn; deutscher Sch. „Rato“ mit den deutschen Seel. „Räbe“ (339) und „Mar“ (378) von Holbalt, leer für Arms, Kaiserhafen; schwedischer D. „Livan“ (173) von Wiga mit Gütern für Reinhold, Freibezirk; dänischer M.-S. „Triton“ (59) von Melros, leer für Behnte u. Sieg, Westerplatte; schwedischer D. „Mathilde“ (767) von West-Varlepool, leer für Ganswindt, Kaiserhafen; schwedischer D. „Effe“ (837) von Amsterdam, leer für Bergensle, Westerplatte; deutscher D. „Diana“ (299) von Rotterdam mit Gütern für Wolff u. Co., Hajentanal; nordwegischer D. „Stoldal“ (735) von Rotterdam, leer für Behnte u. Sieg, Kaiserhafen; lettischer D. „Zenat“ (1174) von Oranienmouth, leer für Bergensle, Westerplatte; deutscher D. „Elin“ (348) von Rotterdam mit Gütern für Wolff u. Co., Hajentanal.

Ausgang. Am 9. Juni: Deutscher Sch. „Diomedes“ (54) nach See; deutscher D. „Maland“ (884) nach Marfelle mit Zuder; deutscher D. „Zarhorn“ (115) nach Horjens mit Gütern; deutscher D. „Artona“ (303) nach Stettin mit Gütern; deutscher D. „Gertrud Haubuß“ (435) nach Rotterdam mit Holz; dänischer D. „Solland“ (720) nach Björneborg, leer; deutscher D. „Buffard“ (563) nach Stettin, leer; deutscher D. „Ingrid Sturm“ (1001) nach Hamburg mit Gütern; deutscher D. „Maltra“ (544) nach Wiborg mit Getreide; dänischer D. „Anut Willemoes“ (851) nach Gåbjerg mit Kohlen; Danziger Sch. „Ernst“ mit Seel. „Danzig 1“ (579) und „Danzig 11“ (590) nach Gbingen, leer; deutscher D. „Brate“ (339) nach Königsberg, leer; deutscher D. „Satur“ (154) nach Kjöge mit Holz; deutscher D. „Stadt Stolp“ (146) nach Aarhus mit Getreide; deutscher Sch. „Eller“ mit d. deutschen Seel. „V“ (654) nach London mit Del.

Der letztländische Fischmarkt. In der verfloßenen Woche wurden auf dem letztländischen Fischmarkt keinerlei Abschüsse getätigt. Wegen des hiesigen Hafenarbeiterstreiks konnten die zum Verkauf bereitstehenden Fischmengen nicht verladen werden. In interessierten Kreisen herrscht die Meinung vor, daß eine Belebung auf dem Fischmarkt erst nach Eintritt normaler Verhältnisse im englischen Wirtschaftsleben zu erwarten ist.

Polnische Schweine nach der Tschechoslowakei. Das tschechoslowakische Landwirtschaftsministerium hat ausnahmsweise die Einfuhr lebender Schweine aus gewissen polnischen Bezirken gestattet, deren Bestimmung auf Grund eines Uebereinkommens der beiden Regierungen erfolgen soll. Diese Entscheidung ist tschechoslowakisch mit Rücksicht auf die Versorgung der Stadt Prag während des Ende Juni und Anfang Juli bevorstehenden Totollfestes getroffen worden.

Wettbewerb in Litauen. Die Kreisverwaltung von Wilkomir beabsichtigt, bei Schirwinty eine Brücke zum Preise von 25.000 Lit zu bauen. Offerten sind bis zum 17. Juni einzureichen. Nähere Auskunft durch die Kreisverwaltung von Wilkomir.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Sozialistische Arbeiter-Jugend Prank. Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, heiterer Abend (Vetter Gen. Dombrowski). Vollständiges Erscheinen wird erwartet.

„Freier Sänger“. Chorgemeinschafts-Übungsstunde am Donnerstag, den 10. Juni, abends 7 Uhr, Schule Alldenbergstraße.

SPD. Ortsverein Danzig-Stadt. Freitag, den 11. Juni, abends 6 Uhr, im Parteibüro: Wichtige Vorstandssitzung.

Sozialistische Arbeiter-Jugend Danzig. Freitag, 11. Juni, abends 7 Uhr, im Heim, Wiedenbaferte, Mitgliederversammlung. Um vollständiges und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Zentralverband der Maschinisten und Feiler. Am Sonnabend, dem 12. d. M., abends 7 Uhr: Versammlung bei Reimann, Fischmarkt 6. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Sprechchor der Arbeiter-Jugend. Sonnabend, abends 7 Uhr, in der Sporthalle Thra: Generalprobe für Kulturwoche. Vollständiges Erscheinen ist Pflicht! (Freitag, den 11. Juni, Probe in Langfuhr).

Arbeiter-Abfahrter-Verein „Solidarität“. Arbeiter-Abfahrter-Verein „Fahrgasse“, Neufahrwasser, Sonntag, den 13. Juni, Halb-Langstrecke nach Goldbrun. Musikinstrumente mitbringen. Start 6 1/2 Uhr morgens Marktplatz Neufahrwasser. Die Fahrkarte.

Amthche Börsen-Notierungen.

Danzig, 9. 6. 26

1 Reichsmark 1,23 Danziger Gulden
1 Notz 0,51 Danziger Gulden
1 Dollar 5,19 Danziger Gulden
Scheck London 25,20 Danziger Gulden

Danziger Produktionsbörse vom 4. Juni 1926. (Amthch.) Weizen 13,75-14,00 G., Roggen 9,25-9,30 G., Futtergerste 8,50-8,75 G., Gerste 8,75-9,25 G., Hafer 9,50-10,00 G., Hafer gelber 9,50-9,75 G., H. Erbsen 10,00-12,50 G., Viktorienbohnen 16,00-20,00 G., Roggenkleie 6,60-6,75 G., Weizenkleie, grobe 6,50-6,60 G. (Großhandelspreise für 50 Kilogramm waggobfrei Danzig.)



Sie sparen
Wirtschaftsgeld,
wenn Sie
MAGGI
Fleischbrüh-
Würfel

zur Zubereitung von Suppen,
Saucen, Gemüsen usw. verwenden

Danziger Nachrichten

Die Gas- und Wasserfachmänner in Danzig.

Begrüßung durch den Senat.

Der Deutsche Verein der Gas- und Wasserfachmänner E. V. hält seine 87. Jahresversammlung in Danzig in der Zeit vom 9.—13. Juni ab. In einem Sonderzuge sind die Teilnehmer von Berlin nach Danzig gekommen. Sie versammelten sich gestern abend im Schützenhaus zu einem Begrüßungsabend. Etwa 1200 Personen füllten die festlich geschmückten, überreich illuminierten Räume. Bewunderung muß man dem Verein zollen für seine bis ins kleinste sicher klappende Organisation und Befriedigung der vielen Wünsche der Teilnehmer, für deren Wohl-ergehen während der Tage in Danzig bestrebt ist.

Für den Senat der Freien Stadt Danzig begrüßte Präsident Sahm die Teilnehmer. Die große Zahl der Gäste mache es diesmal notwendig, daß die Begrüßung, entgegen der bisherigen Sitte Danzigs, Gäste im Artushof zu begrüßen, im weit größeren Schützenhaus stattfinden muß. Deshalb ist aber der Empfang nicht minder herzlich, bringen doch Gas, Wasser und Elektrizität Leberchüsse, also bringt man ihnen auch ein besonderes Interesse entgegen. Wenn die Verwaltungen in einer Hand sind, ist das besonders erfreulich, da dann die Konkurrenz ausschaltet. Allerdings besteht Konkurrenz zwischen Gas und Elektrizität. Das zeigt sich in dem Wettbewerb zwischen dem vorjährigen Elektrikerkongress und in der jetzigen Gasttagung, deren Vertreter schon im vorigen Jahre zu lernen suchten, wie solche Tagung zu machen sei. Dadurch haben diese den Vorteil gezogen, ihre Veranstaltung noch glänzender gestalten zu können. Mit dem Wunsch, daß es den Gästen hier wohlgefallen möge, beschloß Präsident Sahm seine Rede.

Den Dank für die Gastfreundschaft Danzigs erstattete der Präsident des Vereins, der Direktor der Göppinger Gaswerke, F. O. K. Ein reichhaltiges, buntes Programm füllte den Abend. Die Stiebertagung gab dem Abend den musikalischen Rahmen.

Heute vormittag finden eine Reihe von Fachvorträgen statt, die alle anlässlich der Jahreshauptfeier der deutschen Gasindustrie ein-gestellt sind auf den Grundgedanken: „Die wirtschaftliche und technische Stellung der deutschen Gasindustrie gegenüber der Gesamtwirtschaft und Technik.“

Der heutige Vormittag wurde mit einer Ansprache des Königs Riebeck eröffnet, der in Vertretung des dienlich abwesenden deutschen Generalkonsuls die Gäste begrüßte. Riebeck betonte die besondere Stellung des Deutschtums in Danzig und kennzeichnete die Aufgaben, die sich daraus ergeben. Dann hielt Dipl.-Ing. zur Redden-Berlin den ersten Vortrag über das Thema: „Die Gaswirtschaft als Teil der deutschen Energiewirtschaft.“ Ein Vorkurs des Hauptauschusses ging dahin, dem Professor Dr.-Ing. F. J. F. die Bunsen-Pettenkofer-Medaille zu verleihen. Es ist dies die höchste Auszeichnung, die der Verband zu verleihen hat. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Zerföhrung einer Verleumdung.

Der deutschsozialistische Hohnfeldt hatte in der früheren Sitzung des Steuerausshusses behauptet, daß der Senator Gen. Böbel in seiner Eigenschaft als Senator besondere Vorteile für die von ihm vertretenen Firma Borg von der polnischen Regierung erhalten hätte. Der Firma Borg soll auf Grund des Einflusses von Böbel ein Kontingent von 40 000 Kilo zu dem ermäßigten Zollfuß von 210 Mark per 100 Kilogramm von der polnischen Regierung zugestanden worden sein, während alle anderen Anträge zurückgewiesen worden wären. Hohnfeldt hatte die deutschliberale „Allgemeine Zeitung“ diese Ausführungen aufgegriffen, um sie parteinotiziös gegen die Sozialdemokratie auszusprechen.

In der vorgestern stattgefundenen Sitzung des Steuerausshusses nahm Senator Dr. Kamnitzer Gelegenheit, die Behauptungen des deutschsozialistischen Hohnfeldts zu widerlegen. Er stellte den gesamten Schriftwechsel zwischen der Firma Borg und der polnischen Regierung dem Ausschuss zur Verfügung. Aus diesem ging hervor, daß die Firma Borg schon am 1. Februar dieses Jahres den Antrag auf ein ermäßigtes Zollkontingent gestellt hatte, also zu einer Zeit, wo an Verhandlungen mit der polnischen Regierung hinsichtlich eines Tabakmonopols noch nicht zu denken war. Im übrigen erfolgte die Antragstellung auf Grund der seit dem Jahre 1924 bestehenden Bestimmungen über die Gewährung von Zollerleichterungen. Diese Bestimmungen sind allgemein bekannt und geben auch allen a deren Firmen die Möglichkeit auf gleichem Wege Zollerleichterungen zu erhalten. Die Firma Borg war die erste Firma, welche einen diesbezüglichen Antrag stellte und hat demnach auch zuerst ein Kontingent erhalten. Die übrigen Anträge sind bedeutend später eingelaufen und vom Senat gesammelt worden, weil inzwischen der Senat von der polnischen Regierung ein Mitwirkungsrecht bei der Abteilung von Kontingenten verlangt und zugestanden erhalten hat. Diese Feststellungen lassen erkennen, daß die Behauptungen des Hohnfeldt nichts anderes als Verleumdungen zu bezeichnen sind.

Um seine neuerliche Blamage zu verdecken, versuchte es Hohnfeldt mit neuen Schwindeln. So behauptete er nachträglich, daß die Firma Borg der polnischen Delegation ein Festessen im Rathaus gegeben habe. Senator Dr. Kamnitzer stellte darauf fest, daß dieses Festessen vom Senat veranstaltet war. Das entspricht der diplomatischen Übung, die immer beobachtet wird, wenn eine ausländische Delegation längere Zeit zu Besuch weilt. Wenn die polnische Delegation auch die Fabrik von Borg besichtigt hat, so geschah das auf eigenen Wunsch der Delegation, die sich ein Bild von der Danziger Fabrikation verschaffen wollte. Die Wahl der Borgschen Fabrik wäre auch erfolgt, wenn Böbel nicht dem Senat angehört würde. Die Feindseligkeit des Senators Böbel gehe schon daraus hervor, daß er selbst gebeten habe, wenn die Frage der Entschädigung infolge Einführung des Monopols zur Erledigung kommen werde, ihn von der Mitwirkung als Senator zu entbinden.

Der Verleumdungsvorwurf gegen den Gen. Böbel dürfte mit diesen Feststellungen niedergelassen sein. Bemerkenswert bleibt nur, daß sich der deutschsozialistische Führer nicht gescheut hat, für seine Informationen sich von falschen Quellen weihen zu lassen.

Um die Schaffung weiblicher Schulleiterstellen.

Eine Eingabe der Lehrerinnen an den Senat.

Zu der von uns kürzlich veröffentlichten Entschließung des Danziger Lehrervereins, wonach Schulleiterstellen nur durch männliche Kräfte besetzt werden sollen, richtet der Danziger Lehrerverein nunmehr an den Senat die Bitte, die an Mädchen- und Mittelschulen freigewordenen und freizuwendenden Schulleiterstellen mit Lehrerinnen zu besetzen. Als Begründung wird angeführt, daß nach der Verfassung der Freien Stadt Danzig alle männlichen und weiblichen Staatsangehörigen entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern gleich zugelassen sind. Das Lehrerinnen befähigt sind, die Leitung von Schulen sachgemäß zu führen, haben in Danzig die Gröndnerinnen

und Leiterinnen von Mädchenschulen bereits hinreichend erwiesen. In Preußen ist dieser Erkenntnis schon verschiedentlich Folge gegeben, indem eine Reihe von Rektorinnen an Mädchenschulen — eine Rektorin in Essen sogar an einer gemischten Volksschule — wirkten.

Der Danziger Lehrerverein steht auf dem Standpunkt, daß auch der Senat zu Danzig dieser demokratischen Forderung nachkommen müßte, besonders da ohne Zweifel die Lehrerinnen aus eigener Erfahrung Mädchenjenseelen besser verstehen und leiten kann als der Lehrer, und da unbestritten der Leiter der Schule den größten erzieherischen Einfluß auf die heranwachsende Jugend haben kann.

Diesen Argumenten wird sich der Senat nicht verschließen können. Schon anlässlich der Veröffentlichung der Entschließung des Danziger Lehrervereins haben wir dieselbe Ansicht vertreten.

Große Mobilmachung!

Der Staatsanwalt soll gegen die „Volkstimme“ einschreiten.

Bis gestern schien sich die so lieblich anlassende Saure-Gurkenzeit durch feinerlei aufregende Ereignisse trüben lassen zu wollen. Doch über Nacht sind plötzlich Wolken aufgezogen, die allerlet Unheil erwarten lassen. Unter am Wochenabschluss veröffentlichte Zeitungsblatt „Sonnerablaß“ hat über die bereits registrierte Entziehung des Zentrumsorgans auch noch einen Protest des katholischen Frauenbundes angesetzt. In wirklich nicht christlich-sachlichen Worten wird gegen unsere Veröffentlichung Einspruch erhoben. Es heißt in diesem Protest wörtlich:

„Dieses Machwerk, das jedem sittlichen und religiösen Gefühl Hohn spricht, ist eine schändliche Beschöpfung menschlicher und weiblicher Würde; es ist eine absichtliche Entstellung der Lehre unserer heiligen Kirche, diese Barmherzigkeit ist für jeden gläubigen Katholiken eine schwere Beleidigung; es ist eine Verhöhnung der ehrwürdigen Person unseres Hochwürdigsten Herrn Bischofs, die wir mit aller Entschiedenheit verurteilen und zurückweisen.“

Wir haben wirklich erst aus dieser Schimpf-Epistel gesehen, was wir für moralisch minderwertige Kreaturen sind. Aber die katholischen Damen sind doch noch den Beweis schuldig geblieben, wie weit gerade der Ablass als eine wirklich ernste Religionsübung anzusehen ist. Wir haben unter religiöser Hebung bisher noch immer innere sittliche Werte verstanden und keine äußeren längst überholten Gebräuche. Darum kann die Veröffentlichung des fraglichen Bändchens durchaus nicht als Verhöhnung der Religion bezeichnet werden.

Im übrigen sollte man auf katholischer Seite nicht so leichtfertig dabei sein, andern das Gefühl und die Achtung für religiöse Auffassungen abzusprechen. Denn es ist noch gar nicht allzu lange her, daß das katholische Organ eine Mißachtung religiöser Gefühle offenbarte, die einen starken Protest hervorrief. Wenn man aber selbst nicht mehr die Heiligkeit für kirchliche Handlung aufbringt, sollte man doch den Präsidenten ihre Verletzung kirchlicher Gebräuche nicht verübeln. Bemerkenswert bleibt noch, daß das Zentrumsblatt sogar ein scharfes Eintreten des Staatsanwaltes gegen uns fordert.

Beim Verlassen des Dampfers ertrunken.

Der Tod eines Poisen. — Die Verhandlung vor dem Seeamt.

Vor dem Seeamt wurde in dreistündiger Verhandlung über einen Unglücksfall auf der Reede vor Neufahrwasser verhandelt, bei dem der Seelotte Friedrich Giese das Leben einbüßte. Das Seeamt mußte sich mit der Sache befassen, um festzustellen, ob etwa Mängel des Dampfers oder irgendwelche Unterlassungen an dem Tode Schuld seien. Der deutsche Dampfer „Maria“ lief am 27. März, abends, aus dem Hafen aus. Der Seelotte Giese war an Bord, der Vorkommandant „Nabild“ war auf der Reede bereit, den Seelotten vom Dampfer zu übernehmen. Das Fallreep wurde vom Dampfer über Bord geworfen und hina bis etwa zum Wasserspiegel herunter. Allerdings war der Vorkommandant noch einige Meter entfernt. Insofern war der Augenblick des Uebernehmens eigentlich noch nicht ganz da.

Auf dem Dampfer ist es üblich, daß der Kapitän oder der erste Schiffsoffizier den Seelotten bis ans Fallreep begleitet und sich dann verabschiedet, das geschah hier nicht. So stand der Seelotte dort allein. Er pfiff und winkte den Vorkommandanten heran und wollte nun das Fallreep befestigen. Er überschritt mit dem linken Bein die Reeling, um die Außenkante des Vordrucks zu betreten. In diesem Augenblick fiel er plötzlich ins Wasser. Der Kapitän meinte in seiner kommissarischen Aussage, daß der Lotse rückwärts ins Wasser gefallen sei. Sofort wurde vom Vorkommandanten, wie vom Dampfer gerufen: „Mann über Bord!“ Der Kapitän gab das Signal „Volle Kraft rückwärts“. Der Vorkommandant rückte näher an die Unfallstelle und suchte den Verunglückten mit einem Steuerhafen zu retten, was aber nicht sogleich gelang. Erst beim dritten Aufsuchen packte ihn ein Lotte am Mantel und zog ihn an Bord. Giese hatte seit dem Fall keinen Laut von sich gegeben und krumm wurde er nun auch an Bord gezogen. Er war leblos.

Sofort wurde mit den Wiederbelebungsversuchen begonnen. Als der Kapitän der „Maria“ sah, daß der Verunglückte an Bord des Vorkommandanten war, setzte er seine Reise fort. Es wurde sogleich der Hafensarzt, Medizinalrat Dr. Kluck, herbeigerufen, der die Wiederbelebungsversuche fortsetzte. Um 1 1/2 Uhr morgens stellten sich die Merkmale des erfolgten Todes ein. Der Hafensarzt bekundete als Sachverständiger, daß die Ursache des Todes nicht genau festzustellen sei. Ein Herzschlag im Wasser könnte erfolgt sein, wozu die Kälte des Wassers beigetragen habe. Eine Trunkenheit soll nicht vorgelegen haben. Ihm ertheilte es am nächsten liegend zu sein, daß Giese beim Befestigen des Fallreeps einen Schwindelanfall erlitt. In diesem Anfall stürzte er hinab und farb.

Nach dem Gutachten des Staatskommissars, Fregattenkapitän Grapow, liegt ein Verschulden des Kapitäns nicht vor. Die Ursache des Unfalls läßt sich mit Sicherheit nicht feststellen. Die Verabschiedung des Poisen vom Dampfer war wohl nicht die übliche. Auch pflegt sich jeder Seemann, der den Schreckenstanz hört „Mann über Bord!“ doch wohl anders zu benehmen, wie es der Kapitän tat. Das Seeamt kam nach längerer Beratung nicht zu einem Spruch, sondern zu einer Vertagung. Es sollen nochmals die Zeugen von dem Dampfer „Maria“ vernommen werden.

Landesausschuß für Arbeiterwohlfahrt Danzig

Donnerstag, den 10. Juni, abends 7 Uhr, im Saal des Gewerkschaftshauses Karpenstejn Nr. 26.

Versammlung der Wohlfahrts- und Waisenkinder

Tagesordnung: 1. Arbeiterwohlfahrt und Jugend-erziehung. 2. Unsere Arbeit in der Kultur- und Sparwirtschaft. 3. Volksbildung. 4. Die Arbeiter-Jugend.

Der Zigeunerbaron.

Stadttheater.

Mangel an guten Operntalenten hat schon immer geherrscht und wir haben denn auch seit Jahr und Tag hier keinen Vertreter dieses Faches mehr gehabt, der den bescheidenen Durchschnitt überragte. Nach den wiederholten Nieten, als die sich jüngste Gastspiele in dieser Richtung hin erwiesen, wollte es fast den Anschein haben, als ob wir auch für das nächste Jahr wieder keinen vollwertigen Operntalenten bekommen würden. Aber Operndirektor Kun hat nicht locker gelassen, und wie das vorgezogene Gastspiel des Bassisten, erwies sich auch das geführte Gastspiel des Operntenor als durchaus erfolgreich. Der Gast Hans Forten, lange Zeit eine der wertvollsten Stützen des Breslauer ersten Operntheater, zuletzt am Berliner Theater des Westens engagiert, ist nach jeder Seite hin das, was wir brauchen: ein flotter, gewandter Spieler, der sich sofort auf unserer Bühne zurechtfindet, und ein ausgezeichnete Sänger. Anfangs wollte ihm hier und da manches in der Höhe nicht glücken, aber mehr und mehr gegen Ende des ersten Aktes hatte er sich freigegeben und entfaltet sein schönes metallisches Organ im zweiten Akt mit aller festhaften Kraft und spielend leichten Höhe bis in die gefährlichen Dimensionen hinauf. Denn der Barinkan ist ein schöner Prüfling für einen Spieltenor, durchaus nicht ungehörig, und die Art, wie der Gast die Partie bewältigte, bewies, daß er von großen Spezialkünsten kommt, die Ansprüche zu stellen gewohnt sind. Dieser Sänger wird aber auch in geeigneten Partien der Oper gute Verwendung finden können, und es kann über seine Verpflichtung gar keinen Zweifel geben.

In Utrula (die der Seher in meiner letzten Kritik in Utrula umgetauft hatte) Bradsky fand der Gast eine gute Partnerin, die die Sassi mit dem recht bemerkenswerten Qualitäten ihrer stimmlichen Mittel ausstattete. Operndirektor Kun hat nur wohl daran getan, die Künstlerin unterem Ensemble zu erhalten, und wenn sie auch nach mancher Seite hin Wünsche offen läßt, so sind die, die sie erfüllt, doch weit weniger bedauerlich. Sehr schön sang auch Ruth Molnar die alte Saira.

Alles andere kam über solche Mittelmäßigkeit nicht hinaus oder erreichte sie noch nicht einmal, wie z. B. Gertraud Walfisch, deren Ariena ich schon viel besser gehört habe.

Carl Hammerger dirigierte die Oper, deren Vorspiel ihm recht hübsch kam, mit offensichtlicher Beireben, der Interpretation etwas wie eine persönliche Note zu geben; dies gelang ihm indes nicht immer, weil er noch beide Hände für die Zügel benötigte. Aber Erich Sternack hätte doch das feinerliche Bild des zweiten Aktes, dessen Zimmerlichkeit förmlich nach dem Armenamt schrie, wenigstens zu Beginn mit der vorgeschriebenen Morgendämmerung zudecken können.

Wilibald Dmanowski.

Eine Arbeitsvermittlungsstelle in St. Albrecht. Wie das Arbeitsamt der Stadt Danzig in der heutigen Ausgabe bekanntgibt, wird am 10. d. M. eine weitere Arbeitsvermittlungsstelle in St. Albrecht eingerichtet, nachdem bereits in Neufahrwasser, Bergstraße 24, in Langfuhr, Klein-Himmer-Weg 11, in Altschottland 47 und Heubude, Dorfstraße 13, solche bestehen. Die neue Arbeitsvermittlungsstelle in St. Albrecht ist nur für die Arbeitssuchenden aus dieser Gemeinde bestimmt und unter Praust Nr. 160 an das Fernsprechnetz angeschlossen. Sie nimmt Aufträge auf Bestellung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften jeder Art während der täglich vormittags wechselnden Öffnungszeiten von 8—9, 9—10, 10 bis 11, 11—12 und nachmittags 3—4 Uhr entgegen. Die Vermittlung von Arbeitskräften erfolgt sowohl für Arbeitgeber als Arbeitnehmer unentgeltlich.

Die Treppe heruntergestürzt. Der 62 Jahre alte Arbeiter Friedrich Werner aus Doha, wohnhaft Südstraße, kam Dienstag, 2 1/2 Uhr nachmittags, vom Olivaer Tor die Steintrappe der Eisenbahnbrücke herunter, um nach der Schichtausgabe zu gelangen. Er hatte an eine der schon seit längerer Zeit losen Eisenkanten der Stufen vom oberen Treppenaufgang an und stürzte die Treppe bis zum unteren Treppenaufgang herunter. Dabei erlitt er mehrere erhebliche schwere Kopf- und Armerletzungen, so daß er in das Städtische Krankenhaus gebracht werden mußte. Wie wir hören, sind darauf gleich die schadhafte Eisenkanten gestern entfernt worden.

Schwerer Unfall eines Lokomotivführers. Mittwoch war der Lokomotivführer Dieckhoff, wohnhaft Kaschube, auf dem Bahnhof Lege Tor mit Rangieren beschäftigt. Hierbei lehnte er sich zu weit aus der Maschine und schlug mit dem Kopf gegen einen Mast, so daß er von der Maschine stürzte und einen schweren Schädelbruch erlitt.

Beim Baden die Wirbelsäule gebrochen. Der 16 Jahre alte Kaufmannslehrling Hans Pohl, Diba, Fürstliche Aussicht, war Mittwoch abend in Joppot zum Baden. Er sprang dort vom Kronprinzengiege ins Wasser, wobei er mit dem Kopf auf den Grund stieß und einen Wirbelsäulenbruch davontrug. Freunde sorgten für seine Ueberführung nach Danzig ins Krankenhaus.

Unglück. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich hier vor einigen Tagen. Auf einer Wiese des Besitzers Bachmann hinter der Güterburg wurden Erdarbeiten ausgeführt, bei welcher die Erdmassen auf Loren fortbewegt wurden. In einen solchen beladenen Vorezug hängten sich dort spielende Kinder an, wobei ein solches im Alter von 5 bis 6 Jahren herunterfiel und überfahren wurde. Die Folgen waren tödlich. Das Kind wurde von mehreren dieser Fahrzeuge überfahren und so am Unterleib halbiert, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Unser Wetterbericht.

Vorhersage: Zunehmende Bewölkung, später Niederschläge, langsam auffrischende östliche bis südöstliche Winde. Temperatur unverändert. Folgende Tage unbeständig, Niederschläge. Frische südliche Winde. Maximum: 19,4; Minimum: 13,2.

Danziger Standesamt vom 10. Juni 1926.

Todesfälle: Ballmeister i. R. Johann Felsche, 88 J. 7 M. — Arbeiter Friedrich Kufel, 54 J. 4 M. — E. d. Tischler Andreas Granz, 5 M. — E. d. Eisenbahnsportmeisters Franz Altscha, 8 M. — E. d. Maschinenbauers Leo Rybinski, 1 Tag. — Wastler Leon Stenka, 58 J. 6 M. — Köpfer Reinhold Kuhl, 61 J. — Arbeiter Joseph Wiczowski, 77 J. 11 M. — E. d. Holzwärter Joseph Ellwardt, 6 M.

Wasserstandsberichte vom 10. Juni 1926.

Strom-Wechsel	8.6	9.6	Grudenz	+1,88	+1,86
Krakau	-0,71	-1,12	Kurzbrack	+2,22	+2,20
	8.6	9.6	Montauespige	+1,54	+1,54
Zawichost	+1,73	+1,87	Dieckel	+1,56	+1,54
	8.6	9.6	Dirschau	+1,46	+1,40
Warschau	+1,32	+1,49	Elnlage	+2,18	+2,20
	8.6	10.6	Schiewenhork	+2,40	+2,42
Plock	+1,32	+1,34	Rogat-Wasserf.		
	9.6	10.6	Schönan D. P.	+6,56	+6,58
Thorn	+1,56	+1,57	Balgensberg D. P.	+4,60	+4,60
Fordon	+1,64	+1,60	Neuhofsternbusch	+1,98	+2,02
Culm.	+1,58	+1,54	Anwachs	+	+

Verantwortlich für Politik: Ernst Loops; für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil: Fritz Weber; für Inserate: Anton Finken; sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von A. Gehl & Co., Danzig.

